

seduta n. 120 del 15 maggio 1997

Vorsitz: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

ore 10.28

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten.
Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um den Namensaufruf.

WILLEIT: (Segretario):(fa l'appello nominale)
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Die Abgeordneten Montefiori, Durnwalder, Moser, Denicolò und Fedel haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

PRÄSIDENT: Ich bitte um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

WILLEIT: (segretario):(legge il processo verbale)
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine, somit gilt es als genehmigt.

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten, sich einen Augenblick von den Plätzen zu erheben.

Altsenator Friedl Volgger, ehemaliges Mitglied auch dieses Regionalrates, ist im Alter von 83 Jahren nach kurzer Krankheit verstorben. Friedl Volgger entstammt einer kleinen Bergbauernfamilie in Ridnaun bei Sterzing, wo er am 4. September 1914 geboren wurde. Nach Abschluß der Mittelschule, Studium am Vinzentinum in Brixen und einem Aufenthalt in England, besuchte er die Hochschule in Innsbruck und promovierte dort im Juli 1939 zum Doktor Juris. Nach der Promotion berief ihn der Chef der Athesia, Kanonikus Michael Gamper, in die Redaktion der "Dolomiten" und der Wochenzeitung "Volksbote".

Sie wissen, wie schwer das Schicksal der Bürger, der Menschen in Südtirol und im Trentino unter dem Faschismus war. In Südtirol gestaltet sich der Widerstand sehr schwierig und gegen alle Grundsätze des Völkerrechtes werden auch Nicht-Optanten und italienische Staatsbürger zum Deutschen Wehrdienst eingezogen. Die Gestapo machte Jagd auf die führenden Köpfe der Nicht-Optanten, der sogenannten Dableiber, die gegen eine Option für Deutschland eingetreten sind. Kanonikus Michael Gamper kann sich damals nur knapp einer Verhaftung entziehen und flieht nach Italien. An der Spitze des Widerstandes steht der sogenannte Andreas-Hofer-Bund und mit ihm Friedl Volgger. In der Zeit der Unterdrückung von 1935 bis 1939 leitet Friedl Volgger

die deutschen Geheimschulen, Katakombenschulen, im Bezirk Wipptal, welche den Kindern wenigstens ein Mindestmaß an Deutschunterricht vermittelten.

1936 einen Monat in Polizeihaft, weil er bei den Eltern Unterschriften für die Erlaubnis von deutschen Sprachkursen gesammelt hatte.

In der zweiten Jahreshälfte 1939 kämpft Friedl Volgger vor allem gegen das Hitler-Mussolini-Abkommen und gegen die bekannte Option. Er hat sich nicht nur beschränkt in Wort und Schrift und zwar mit klauselnden Worten, weil es ja verboten war, gegen die Option aufzutreten, sondern ist persönlich von Haus zu Haus, von Hof zu Hof gegangen, in unseren Tälern, auf unseren Bergdörfern, um die Menschen aufzuklären, nicht für die Umsiedlung ins Deutsche Reich zu stimmen. Für diesen Widerstand nach der Besetzung Italiens durch deutsche Truppen im September 1943 wird er verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert, wo er erst im Juni 1945 glücklicherweise überlebend heimkehren kann.

Sofort nach dem Krieg am 8. Mai 1945 wird er Organisationsleiter und Mitbegründer der Südtiroler Volkspartei, um das Interesse der Südtiroler gegenüber dem Staat und auch gegenüber den alliierten Mächten zu vertreten.

Im August/September 1946 wird er in die Delegation nach Paris entsandt, nicht offiziell natürlich, sondern als Vertreter Südtirols und als enger Berater Karl Grubers, um dort die Interessen Südtirols zu vertreten bei den schwierigen Verhandlungen in Paris, die zum bekannten Südtirolabkommen, zum sogenannten Pariser Vertrag und damit auch zu einer internationalen Verankerung des Südtirolproblems geführt haben.

Von 1956 bis 1961 ist Friedl Volgger Chefredakteur der Tageszeitung "Dolomiten".

1957 unter der Anklage verhaftet, Leiter einer Gruppe zu sein, welche die ersten kleineren Sprengstoffanschläge auf Südtiroler Gebiet angeführt hatte. Nach 3 Monaten Gefängnis in Trient erfährt er einen vollen Freispruch.

1958 erhält Friedl Volgger für seine journalistische Tätigkeit in Nürnberg zusammen mit dem Zeichner Prof. Olaf Gulbransson und dem Rundfunk- und Fernsehpublizisten Ernst v. Khuon Wildeg, den von Dr. Josef Drexel, Chefredakteur der Nürnberger Nachrichten, gestifteten Josef Drexel-Preis.

1960 - auch in diesen schwierigen Jahren, wo das Südtirolproblem vor die UNO gekommen ist - ist Friedl Volgger als Vertreter Südtirols mit in der österreichischen Delegation dabei. Als die Südtirolfrage bei der Generalversammlung aufgeworfen und dann eine Resolution beschlossen wird, konnte er einen wesentlichen Beitrag zur Vertretung unserer Interessen leisten und die Nichterfüllung des Pariser Vertrages aufzeichnen.

Von 1948 bis 1953 wird Friedl Volgger in das römische Abgeordnetenhaus gewählt und von 1968 bis 1972 in den römischen Senat, wo er die Interessen Südtirols wahrnimmt.

Friedl Volgger war vom 13. Dezember 1960 - 14. November 1967 auch Mitglied des Regionalrates und des Südtiroler Landtages, wo er im Regionalrat als Fraktionssprecher die Belange der Südtiroler zu vertreten hatte.

Von 1973 bis nahezu zu seinen letzten Tage oblag ihm innerhalb der SVP die Gestaltung des politischen Teiles des Parteiorganes "Der Volksbote".

Neben seiner politischen Tätigkeit ist Friedl Volgger auch wegen seiner publizistischen Tätigkeit bekannt geworden. Seine Direktion der Dolomiten habe ich bereits erwähnt, seine Tätigkeit im Volksbote. Neben diesen Tätigkeiten hat er auch Werke veröffentlicht, das bekannteste "Südtirol am Scheideweg", das auch in italienischer Sprache erschienen ist und einen guten Beitrag zum Zusammenleben der Volksgruppen geliefert hat.

Mit Friedl Volgger verliert Südtirol einen seiner letzten großen Zeitzeugen aus dem aktiven Widerstand gegen den Faschismus und gegen den Nationalsozialismus, eine Persönlichkeit, die in den wichtigen Verhandlungen in Paris, an der UNO, am Aufbau der neueren Geschichte Südtirols mitgewirkt hat, eine geschichtliche Persönlichkeit, die das Schicksal und den Werdegang unseres Landes wesentlich geprägt hat. Wir möchten - und das darf ich im Namen aller hier anwesenden Abgeordneten tun - seinen Kinder und seinen verbliebenen Familienangehörigen unsere Trauer und unser Mitgefühl ausdrücken und möchten seiner mit einigen Minuten gedenken. Ich danke Ihnen.

Wir kommen jetzt - nachdem wir gestern den Übergang zur Sachdebatte genehmigt haben - zur Artikeldebatte des **Gesetzentwurfes Nr. 86: Änderungen zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 (Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol (eingebracht vom Regionalausschuß))** und zwar zum Art. 1. Ich verlese ihn:

Art. 1

(Modifica all'articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1)

1. L'articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 è sostituito dal seguente:

“Art. 2

(Funzioni)

1. In armonia con il principio costituzionale della promozione delle autonomie locali e in attuazione dei principi di sussidiarietà, responsabilità e unità che presiedono all'esercizio dell'azione amministrativa, nonché di omogeneità ed adeguatezza, sono attribuite ai comuni tutte le funzioni amministrative di interesse locale inerenti allo sviluppo culturale, sociale ed economico della popolazione, e sono assicurate ai comuni le risorse finanziarie necessarie per lo svolgimento delle funzioni stesse.

2. Le funzioni di cui al comma 1 concernono in particolare le seguenti materie: attività artistiche, culturali, educative e formative; patrimonio storico, artistico e popolare; assistenza sociale; igiene e sanità; polizia locale, urbana e rurale; attività sportive e ricreative; artigianato; commercio; esercizi e spettacoli pubblici; fiere e mercati; edilizia comunque sovvenzionata; lavori pubblici; comunicazioni e trasporti;

turismo e industria alberghiera; scuole materne; assistenza ed edilizia scolastica per la scuola dell'obbligo; addestramento e formazione professionale; urbanistica e tutela dell'ambiente; servizi pubblici; finanza e tributi locali; espropriazioni per pubblica utilità; servizi antincendi; sviluppo della cooperazione; istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza; catasto.

3. La Regione e le Province autonome, individuano le funzioni, nelle materie di cui al comma 2, che sono trasferite, delegate, o subdelegate, ai comuni singoli o associati, avuto riguardo ai rispettivi ambiti territoriali e popolazioni interessate, al fine di assicurare efficacia, speditezza ed economicità all'azione amministrativa, nonché la partecipazione dei cittadini al miglior perseguimento del pubblico interesse.

4. I comuni singoli o associati nell'esercizio delle rispettive funzioni, attuano tra loro forme di cooperazione e di sussidiarietà, anche con privati, per assicurare l'economia di gestione delle attività e dei servizi o qualora l'interesse riguardi vaste zone intercomunali.

5. Spettano inoltre ai comuni, ove la legge provinciale lo preveda, le funzioni che le leggi dello Stato attribuiscono alle comunità montane.”.

Das Gesetz betrifft nicht nur die Bezirksgemeinschaften, wie ich vorher gesagt habe, sondern natürlicherweise die Gemeinden.

Ich bitte um die Verlesung des deutschen Textes:

WILLEIT:

Art. 1

(Änderung zum Artikel 2 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1)

1. Im Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird der Artikel 2 durch den nachstehenden ersetzt:

"Art. 2

(Funktionen)

1. Im Einklang mit dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Förderung der örtlichen Autonomien und in Durchführung der Prinzipien der Subsidiarität, der Verantwortlichkeit und der Einheitlichkeit, welche die Ausübung der Verwaltungstätigkeit lenken sollen, sowie der Prinzipien der Homogenität und der Angemessenheit obliegen den Gemeinden sämtliche Verwaltungsfunktionen örtlichen Belanges in bezug auf die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Bevölkerung, wobei ihnen die erforderlichen finanziellen Mittel zur Ausübung der entsprechenden Funktionen gesichert werden.

2. Die im Absatz 1 angeführten Funktionen betreffen insbesondere nachstehende Sachgebiete: künstlerische und kulturelle Tätigkeiten sowie mit der Erziehung und mit der Bildung zusammenhängende Aktivitäten; historisches, künstlerisches und volkstümliches Vermögengut; Sozialhilfe; Hygiene und Gesundheit; Ortspolizei in Stadt und Land; Sport- und Freizeitgestaltung; Handwerk; Handel; öffentliche Betriebe und Veranstaltungen; Messen und Märkte; geförderter Wohnbau;

öffentliche Arbeiten; Kommunikations- und Transportwesen; Fremdenverkehr und Gastgewerbe; Kindergärten; Schulfürsorge und Schulbau für die Pflichtschule; Berufsertüchtigung und Berufsausbildung; Raumordnung und Umweltschutz; öffentliche Dienste; Finanz und örtliche Steuern; Enteignungen aus Gründen der Gemeinnützigkeit; Feuerwehrdienste; Entwicklung des Genossenschaftswesens; öffentliche Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen und Kataster.

3. Die autonome Region und die autonomen Provinzen bestimmen die Funktionen unter den im Absatz 2 angeführten Sachgebieten, die auf einzelne Gemeinden oder auf zusammengeschlossene Gemeinden übertragen, delegiert oder subdelegiert werden, und zwar unter Berücksichtigung der entsprechenden Gebiete und Bevölkerungen, um eine wirksame, reibungslose und wirtschaftliche Verwaltungstätigkeit gewährleisten sowie das öffentliche Interesse durch die Miteinbeziehung der Bürger bestmöglichst verfolgen zu können.

4. Die einzelnen bzw. die zusammengeschlossenen Gemeinden verwirklichen bei der Ausübung der entsprechenden Funktionen Genossenschafts- und Subsidiaritätsformen - auch mit Privatpersonen -, um die Wirtschaftlichkeit bei der Verwaltung der Tätigkeiten und der Dienstleistungen zu gewährleisten, oder falls das Interesse ausgedehnte überkommunale Gebiete betrifft.

5. Den Gemeinden obliegen überdies, wenn das Landesgesetz dies vorsieht, die Funktionen, welche die Staatsgesetze den Berggemeinschaften zuweisen."

PRÄSIDENT: Ich verlese jetzt die Änderungsanträge, die einzeln zur Debatte kommen.

Der erste ist unterzeichnet von den Abg. Bondi, Alessandrini und vielleicht Leveggi - schwieriges Zeichen aber auf jeden Fall eine Unterschrift -

Al comma 1 dell'articolo 1, il comma 2 dell'articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, é soppresso. Al comma 1 dell'articolo 1 il comma 2 dell'articolo 2 é soppresso.

Al comma 1 dell'articolo 1 nel comma 3 dell' articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, le parole: "nelle materie di cui al comma 2", sono soppresse.

WILLEIT: Im Art. 1 Abs. 1 wird der Art. 2 Abs. 2 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 aufgehoben.

Im Art. 1 Abs. 1 werden die Worte "unter den im Absatz 2 angeführten Sachgebieten" im Art. 2 Abs. 3 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 gestrichen.

PRÄSIDENT: Möchte der Abg. Bondi dazu Stellung nehmen? Zur Erläuterung hätte zuerst der Abg. Bondi das Wort.

Abg. Benedikter, bitte.

KLOTZ: Herr Präsident. Ich ersuche um Aufklärung, ob wir diesen Antrag bekommen haben. Nein, das ist jetzt zum Fortgang der Arbeiten. Ich finde den Antrag nicht.

PRÄSIDENT: Das ist die Nummer 8919. Wenn das jetzt Schwierigkeiten bereitet, dann gehen wir inzwischen zu einem anderen über.

KLOTZ: Das hat wenig Sinn, Herr Präsident. Das hat wenig Sinn, weil das doch der Reihenfolge nach zu behandeln wäre.

PRÄSIDENT: Nachdem er bereits am 15. April bei uns eingegangen ist, nehme ich an, daß er schon vorher verteilt worden ist. Die Frau Klotz hat sie ja jetzt bekommen. Sind wir jetzt ausgerüstet oder sollen wir etwas anderes machen ?

Abgeordneter Bondi, man beklagt, daß der Abänderungsantrag sehr kompliziert formuliert sei und deswegen wird gewünscht, daß Sie vielleicht - es würde auch die Arbeiten erleichtern - dazu Stellung nehmen. Den Abgeordneten Benedikter bitte ich einen Augenblick Geduld zu haben, dann würde ich doch dem Abgeordneten Bondi das Wort geben, um das zu erläutern, nachdem es wirklich kompliziert klingt - im Art. 1 Abs. 1 oder Art. 2 Abs. 2 des Regionalgesetzes wird aufgehoben - es klingt ein bißchen widersprüchlich. Al comma 1 dell'articolo 1 il comma 2 dell'articolo 2 é soppreso. É praticamente quella parte qui. Praktisch der Absatz 2 vom Gesetz, der Artikel 2 vom Absatz 2 soll aufgehoben werden. Aber bitte, Bondi.

BONDI: Può sembrare contraddittorio o comunque di difficile lettura, nel senso che evidentemente l'art. 1 della legge che stiamo discutendo va a modificare a sua volta un articolo che ne prevede un altro, ma nella sostanza l'emendamento dice che il comma 2, laddove le funzioni di cui al comma 1 concernono in particolare le seguenti materie, viene soppresso; praticamente con questo emendamento ci si limita a sopprimere l'elenco delle materie relative alle funzioni di cui al primo comma dell'articolo.

Il secondo comma dell'emendamento va a fare una pulizia di tipo formale al comma 3, dove non si fa più riferimento alle materie di cui al comma 2. Nella sostanza è un emendamento tecnico, che elimina l'elenco delle materie relative alle funzioni che poi possono essere trasferite.

Quindi credo sia più la questione della lettura coordinata nel testo, che non la sostanza dell'emendamento proposto ad essere in discussione. Grazie.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ich bemerke nur im voraus, daß gestern die Frau Assessor Wanda Chiodi auf meine grundsätzlichen Einwände gar nicht geantwortet hat, sie hat es nicht für wert befunden.

Ich möchte allerdings fragen: Ist Marco Giordani jetzt Regionalassessor, weil er ständig dort sitzt? Nur um zu wissen, ob der Regionalausschuß jetzt neuerdings umgebildet worden ist. Bitte.

PRÄSIDENT: Jetzt sind Bänke leer geworden, aber vorher waren alle Bänke besetzt, es war kein Platz kurz ausgedrückt, so hat er gebeten, ob er sich niedersitzen darf. Es war heute eine sehr große Präsenz von Abgeordneten hier, jetzt sind nicht alle hier, sondern einige draußen.

BENEDIKTER: Dann darf ich mich auch hinaufsetzen, nachdem ich sechs Jahre Regionalassessor war.

PRÄSIDENT: Ich meine man kann über alles reden, Abgeordneter Benedikter.

BENEDIKTER: Ich war sechs Jahre, von 1953 bis 1959, Regionalassessor. Darf ich mich auch hinaufsetzen?

PRÄSIDENT: Abgeordneter Benedikter, jetzt werde ich das ganz einfach erklären. Dieser Saal ist umgebaut worden. Er hat natürlicherweise in erster Linie dem Südtiroler Landtag zu dienen, wo er viel zu groß ist und leer ausschaut, und er dient dem Regionalrat. Gebaut worden ist er in einer Zeit, in der der Regionalausschuß sehr groß und damit weniger Plätze bei den Abgeordneten notwendig waren. Inzwischen hat man den Regionalausschuß im Sinne des Koalitionsabkommens reduziert und damit bräuchten wir mehr Plätze bei den Abgeordneten, die nicht vorhanden sind. Bis zum nächsten Umbau - den wir jetzt wegen zwei, drei Stühlen nicht vornehmen wollen - haben wir diese Schwierigkeit wenn ein volles Haus ist. Abgeordneter Benedikter, das sind jetzt keine großen Probleme, schauen Sie, der Abgeordnete Giordani ist zurückgegangen.

BENEDIKTER: Wir sind hier aber auch zu eng.

PRÄSIDENT: Aber ich hoffe es gibt wichtigere Probleme als diese Platzprobleme. Abgeordneter Benedikter, Sie haben das Wort.

BENEDIKTER: Ich habe bereits bemerkt, die Abg. Wanda Chiodi ist auf meine grundsätzlichen Verfassungseinwände gar nicht eingegangen. Sie hat es nicht der Mühe wert befunden, aber deswegen werde ich trotzdem dafür sorgen, daß diese Einwände nicht nur hier vorgetragen werden, sondern auch Rom gegenüber.

Jetzt was den Vorschlag betrifft. Er hat recht, denn es geht doch nicht an, daß hier bei den Zuständigkeiten der Provinz von 40 Sachgebieten 23 Sachgebiete aufgezählt werden und dann werden von der Region von 13 Sachgebieten 4 aufgezählt. Der Sinn des Ganzen ist gemäß erstem Absatz, daß den Gemeinden alle Verwaltungsfunktionen von örtlichem Interesse übergeben werden sollen und das wären also diese Verwaltungsfunktionen. Ein Unsinn ersten Ranges. Abgesehen davon kann ich nicht sagen: den Gemeinden gehören alle Verwaltungsfunktionen von örtlichem Interesse, denn dann müßte ja alles was die Provinz hat, an Verwaltungsfunktion, übertragen werden.

Das betrifft jetzt den ersten Absatz. Es stimmt nicht gemäß Gemeindeautonomiegesezt, Verfassungsgesezt, daß die Region wiederholt hat, daß die Gemeinden alle Verwaltungsfunktionen von örtlichem Interesse übertragen erhalten muß, sondern es heißt im Staatsgesezt und im Regionalgesezt: "Der Gemeinde obliegen sämtliche Verwaltungsfunktionen, welche die Bevölkerung und das Gebiet der Gemeinde betreffen, besonders im Bereich der Sozialdienste, der Gebietsplanung und der Nutzung sowie der wirtschaftlichen Entwicklung soweit dies im Artikel 15 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 19. Dezember 1987, Nr. 526 vorgesehen ist und soweit sie diese Funktionen entsprechend den Zuständigkeiten, die in die Gesetzgebung des Staates fallen, nicht ausdrücklich anderen Trägern staatlichen Rechts übertragen werden."

Also ich kann nicht mit Regionalgesezt sagen, die Verwaltungsfunktionen, wie sie hier aufgezählt werden - wie gesagt 23 auf 40 Sachgebiete der Provinzen, 4 von 13 Sachgebieten der Region - gehören den Gemeinden. Die Region übt normalerweise ihre Verwaltungsfunktionen aus, indem sie sie auf die Provinzen, die Gemeinden und andere örtliche Körperschaften delegiert d.h. überträgt, im Auftragwege überträgt und nicht abtritt. Dann heißt es, die Provinzen können einige ihrer Verwaltungsfunktionen auf die Gemeinden und andere örtliche Körperschaften wieder delegieren. Aber nicht daß alle Verwaltungsfunktionen der Provinz und der Region, die man von örtlichem Interesse erachtet, übertragen werden müssen. Daher ist diese Aufzählung ein Unsinn in erster Linie und das ist richtig, wenn sie abgeschafft wird.

Ebenso was die zweite Abänderung betrifft, wo es heißt, die Region und die Provinzen machen die Funktionen aus - in den Sachgebieten gemäß zweitem Absatz - "che sono trasferite, delegate o subdelegate." Das Wort "trasferite" ist sicherlich verfassungswidrig. Es ist gegen das Autonomiestatut, denn Verwaltungsfunktionen können nicht abgegeben werden. Weder die Region noch die Provinz kann Verwaltungsfunktionen abgeben - siehe Artikel 18 des Autonomiestatutes. Ich verstehe hier wirklich nichts mehr, daß so etwas die Region, der bestehende Regionalausschuß vorschlagen kann, was offensichtlich verfassungswidrig ist, eindeutig gegen den Buchstaben des Artikel 18 des Autonomiestatutes verstößt und es verstößt auch gegen Autonomiegrundsätze der Gemeinden, denn im Gemeindeautonomiegesezt, dem staatlichen von 1990, wiederholt durch das Regionalgesezt, heißt es: "Den Gemeinden obliegen sämtliche Verwaltungsfunktionen, welche die Bevölkerung und das Gebiet der Gemeinde betreffen." Allerdings steht dann im Staatsgesezt, daß das bei uns gilt wie es heißt: "Die Bestimmungen dieses Gesetzes werden nicht angewendet auf die Regionen mit Spezialstatut und auf die autonomen Provinzen Trient und Bozen, wenn sie unvereinbar sind mit den in diesen Statuten und den diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen vorgesehenen Zuständigkeiten." Wir haben die Zuständigkeit der Region und der Provinzen und die Bestimmung, daß Verwaltungsfunktionen übertragen werden können. Bei der Region heißt es, sie sollen übertragen werden und bei der Provinz heißt es, sie können übertragen werden. Einige dieser Verwaltungsfunktionen können delegiert werden, d.h. im Auftragswege übertragen werden, aber nicht wie es hier heißt, daß alle diese Verwaltungsfunktionen

entweder übertragen, delegiert oder subdelegiert werden müssen. Das ist einwandfrei verfassungswidrig, abgesehen davon, daß die Aufzählung sowieso keinen Sinn hat - das ist eines - und dann kommt der zweite bzw. der dritte Absatz, der gegen den Artikel 18 des Autonomiestatutes lautet, daß in den Sachgebieten gemäß Absatz 2 Funktionen abgetreten, delegiert oder subdelegiert werden. Es widerspricht eindeutig dem Artikel 18 des Autonomiestatutes. Danke.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen zum Abänderungsantrag?
Abg.. Zanoni, bitte.

ZANONI: A parte la pesantezza dell'art. 2, che elenca una serie di funzioni, pur tuttavia al comma 1, laddove si dice che sono trasferite ai comuni le funzioni di interesse locale, non è specificato cosa si intende 'di interesse locale'.

La dicitura della legge n. 1 - l'articolo 2 - la ritengo tuttora più rispettosa, in quanto innanzitutto dice: il comune è titolare di funzioni proprie, ma esercita altresì funzioni attribuite o delegate dallo Stato, dalle regioni e dalle province.

L'altro punto che meriterebbe di essere approfondito è cosa si intende per 'locale'.

Il comma 2, dell'articolo 2 della legge 1 del 1993, è molto più puntuale quando dice: 'spettano al comune tutte le funzioni amministrative che riguardino la popolazione ed il territorio comunale, intendendo che l'esercizio delle funzioni è totale e riservato all'ambito del territorio comunale', eccetera. Precisamente poi elenca alcuni concetti: servizi sociali, ma quello che più interessa è assetto ed utilizzazione del territorio, secondo quanto previsto dal D.P.R. 526, cioè il concetto della gestione, del governo, dell'utilizzazione del territorio è fondamentale per il riconoscimento di reali potestà e di reale autonomia e di decentramento alle comunità locali, ai comuni in questo caso.

Non c'è dubbio che probabilmente la legge regionale, trasferendo la potestà di individuare le funzioni alla legge provinciale, questo esercizio lo farà nelle rispettive Province autonome, peraltro credo che il mantenere, anche a livello di legge regionale, ben chiara una determinazione che segnala fra le competenze principali quelle di reale governo che ha una comunità e quello della utilizzazione della gestione del proprio territorio, come Regione avremmo dovuto mantenerla.

Il trasferimento o la delega di qualsiasi altro servizio e funzione ha molto meno valenza che non quella di riconoscere la capacità di autogovernarsi realmente, solo attraverso quello che è l'utilizzazione e la decisione degli assetti territoriali e pertanto la gestione del territorio e dello sviluppo socio-economico qualifica realmente l'autogoverno, non già la gestione degli ambulatori medici, delle associazioni culturali, della pulizia urbana e rurale, delle attività sportive e ricreative e quant'altro era contenuto in questa prolissa e pesante elencazione, ma l'affermazione del principio che l'autogoverno - e noi che siamo in una Regione autonoma lo sappiamo - passa solo attraverso la potestà assoluta di quello che è la gestione del proprio territorio, credo che vada riaffermata.

In questo modo si demanda a successive leggi, ma solo l'elencazione dei trasferimenti o delle deleghe, non già il principio costituzionale, per cui l'autogoverno si basa effettivamente sul governo del proprio territorio. Allora a me pareva che la precedente legge n. 1 del 1993, nella fattispecie il comma 2, dell'art. 2, fosse di gran lunga più rispettoso, ma non solo, laddove recita: "spettano al comune tutte le funzioni dell'assetto ed utilizzazione del territorio e dello sviluppo economico".

Qualsiasi altro elenco, per lungo che sia, non contiene questi concetti. Allora il togliere l'elenco delle funzioni, senza correggere il comma 1, che indistintamente recita: "sono attribuite ai comuni tutte le funzioni amministrative di interesse locale", non so cosa si intende per 'interesse locale', credo ci si rivolga esclusivamente più a funzioni che a servizi.

Allora quello che volevamo ottenere di decentrare non solo responsabilità amministrative, ma reali potestà politiche e di autogoverno, con questa legge viene a mancare nel modo più assoluto.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Bitte, Abg. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, mi pare che le argomentazioni che il collega Zanoni ha ritenuto di dover introdurre nella discussione, a proposito dell'art. 1, non possono essere considerate, se non nella giusta importanza che si deve attribuire al dibattito sul disegno di legge della maggioranza della Giunta, a proposito delle modifiche della legge regionale 4 gennaio 1993.

Un primo dato, sul quale a nostro giudizio è necessario riflettere, è proprio contenuto nell'art. 1, vale a dire nell'articolo che dovrebbe ispirare gli altri articoli, di cui questo disegno di legge è composto.

Secondo il nostro parere è opportuno insistere sulla necessità di fare chiarezza intorno al comma 1 ed ai commi successivi, ma per quanto riguarda il comma 1 ci pare necessario sottolineare l'assoluta e generica affermazione in riferimento a quello che è opinione comune considerare il significato delle parole nella loro sequenza, ma in riferimento anche a quello che, da un punto di vista sostanziale, le parole intendono dire.

Allora cosa significa 'attribuite ai comuni tutte le funzioni amministrative di interesse locale, inerenti allo sviluppo culturale, sociale ed economico della popolazione' se poi si andrà a procedere nella abrogazione del secondo comma dell'art. 1, laddove tale secondo comma viene a specificare, attraverso l'elenco, quale di queste funzioni sono articolate?

Quindi a nostro giudizio un primo momento di critica al disegno di legge ed a questo proposito di richiamo necessariamente alle argomentazioni che ho illustrato nella discussione generale di ieri, l'articolato ci pare essere estremamente debole, per quanto riguarda poi le finalità che il disegno di legge intende perseguire una volta approvato dall'aula.

Quindi la contraddizione, a nostro giudizio, che non è soltanto formale, ma sostanziale, si appalesa evidente nell'art. 1 e nello sviluppo che l'art. 1 dovrebbe avere in relazione alle modifiche che si vogliono introdurre, attraverso la presentazione di emendamenti, che vengono a modificare il testo licenziato dalla commissione.

In altri termini ho cercato anche in discussione generale di provocare l'intervento da parte dell'assessore provinciale agli enti locali della Provincia autonoma di Trento, per avere, a questo riguardo, risposte in termini chiari e trasparenti agli obiettivi che si vogliono raggiungere, in relazione anche ad una copiosa produzione di emendamenti, che vengono sostanzialmente a modificare l'assetto licenziato dalla Commissione.

In questo contesto è nostro interesse fare in modo che queste contraddizioni si appalesino ancora di più, non soltanto per vederci riconoscere nel giusto quando in discussione generale abbiamo sollevato certi problemi, ma soprattutto perché è obiettivo di tutti e non soltanto il nostro quello di licenziare un disegno di legge che tenga conto della necessità che la norma giuridica non possa trasferire ai comuni non soltanto parole, ma estrema confusione ed anche in questa occasione solleviamo le nostre perplessità e dichiariamo apertamente la nostra contrarietà ad un'impostazione di siffatta natura.

PRÄSIDENT: Weitere Wortmeldungen von den Abgeordneten? Frau Assessor Chiodi, möchten Sie reden? Dann schließe ich die Debatte seitens der Abgeordneten ab.

Jetzt hat Frau Assessor Chiodi das Wort und dann geht das letzte Wort an den Abg. Bondi.

CHIODI: Stiamo discutendo gli emendamenti del collega Bondi e siamo disponibili ad accettare quèòò ai commi 1 e 2, perché probabilmente diventa più funzionale tutto l'art. 1. Mi limito a questa osservazione per non perdere tempo, poi magari intervengo sull'articolo in generale.

PRÄSIDENT: Das Wort hat jetzt der Abg. Bondi.

BONDI: Solo per fugare i dubbi dei cons. Taverna e Zanoni. E' vero che andiamo a fare pulizia sul testo ed è vero che se si legge solo l'art. 1 si rischia di non afferrare il senso dell'emendamento e della nuova stesura testuale; leggendo poi il comma 3 dello stesso articolo, si risponde alle domande proposte dai due consiglieri, laddove si dice che sono la Regione e le Province, nell'ambito delle rispettive competenze, che individueranno le funzioni.

Quindi ha ragione il cons. Benedikter nel dire che l'emendamento va accolto per questioni rispetto all'elenco delle materie, per quanto riguarda le altre perplessità sono fugate dalla lettura del comma 3. Grazie.

PRÄSIDENT: Wir stimmen jetzt über den Abänderungsantrag ab. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wer stimmt dagegen? 5. Wer enthält sich der Stimme? 3.

Damit ist der Abänderungsantrag des Abg. Bondi genehmigt.

PRÄSIDENT: Wir kommen zum nächsten Abänderungsantrag mit der Prot. Nr. 8932 des Abg. Gasperotti und anderen: "Il comma 2 dell'art. 2 della L.R. 4-1-93, n. 1 sono soppresse le parole "comunque sovvenzionata" e catasto.". Ritirato? Gut.

Dann kommen wir zum Antrag Prot. Nr. 9109 immer vom Abg. Gasperotti und anderen: Punto 3 - sostituire la parte dopo le parole "...al fine di assicurare" ..."La partecipazione dei cittadini al miglior perseguimento del pubblico interesse anche attraverso una adeguata efficacia ed economicità dell'azione amministrativa.". Punkt 3 - der Teil nach dem Wort "nur" ist wie folgt zu ersetzen: "das öffentliche Interesse durch die Miteinbeziehung der Bürger bestmöglich über eine entsprechende wirksame und wirtschaftliche Verwaltungstätigkeit verfolgen zu können."

Bitte, Abg. Gasperotti.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Varia solo la priorità dell'interesse che è rivolto dalla legge ai soggetti, allora di dice che il primo interesse è rivolto alla partecipazione e poi alla funzionalità, alla necessità di riuscire a rispondere in modo adeguato all'efficacia, l'economicità dell'azione amministrativa.

La norma mette per ultimo il perseguimento del pubblico interesse attraverso la partecipazione dei cittadini, questo emendamento rovescia, perché ritengo che il cittadino sia il soggetto da salvaguardare come partecipazione alle scelte e alle funzioni amministrative.

Quindi questo emendamento modifica quanto dicevo.

PRÄSIDENT: Frau Abg. Chiodi, bitte.

CHIODI: Collega Gasperotti, posso condividere lo spirito di questo emendamento, però leggendolo, anche se ho capito cosa lei voleva dire, ha la stessa efficacia del comma 3 e dell'impostazione che abbiamo dato ed anche aggiungendolo, come è stato scritto, diventerebbe di difficile lettura, di conseguenza posso capire lo spirito, ma essendo il significato uguale la prego di valutare se ritirare questo emendamento, altrimenti lo dobbiamo bocciare.

PRÄSIDENT: Sollen wir ein bißchen warten?

Bitte, Abg. Gasperotti.

GASPEROTTI: Stiamo modificando la legge n. 1 del 1993 nei primi articoli, dove si dà un'impronta di come la legge è organizzata per rispondere anche al decentramento amministrativo dei comuni. All'art. 2 si parla di funzioni, allora queste funzioni sono subordinate, ecco il contenuto dell'emendamento, se poi abbisogna di essere corretto dal punto di vista della comprensione legislativa scusatemi, ma non ho un supporto tecnico, un ufficio legislativo regionale che mi aiuti in questo campo e le assicuro che per me è fondamentale che le funzioni passino attraverso la partecipazione dei cittadini.

Qui si vuole dire che le funzioni prima devono rispondere a bisogni di tipo economicistico, di tipo funzionale e dopo si guarderà alla questione della partecipazione. Scusatemi, ma mi sembra di sostanza questa affermazione, anche se poi, letta in maniera più organizzata, poteva dare una risposta positiva, immagino anche da parte della Giunta, ma il contenuto per me è proprio questo, la funzione amministrativa deve essere fatta soprattutto di partecipazione dei cittadini, mentre nel testo della Giunta la partecipazione viene messa in terzo ordine, chiedo sia messa in primo ordine.

E' un modo di fare politica e presentare un progetto diverso. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Bondi, bitte.

BONDI: Per dire che posso anche capire l'inversione, anche se poi nella lettura finale dell'emendamento, così come proposto, si rischia di dare una scrittura non proprio corretta anche dal punto di vista dell'italiano.

Quello che il collega Gasperotti ritiene - ed è assolutamente condivisibile - è che sia finalizzato nel rispetto di questa legge, anzitutto la partecipazione ed è prevista e comunque insieme a questa occorrono anche l'efficacia e la speditezza, perché se non ci sono efficacia e speditezza non c'è nemmeno la possibilità poi di ottenere risultato.

Quindi credo di votare contro, sapendo però che nello spirito è assolutamente accettabile.

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Ich möchte nur hinzufügen, daß der Art. 6 des staatlichen Gemeindeautonomiereformgesetzes, das ja den Art. 128 der Verfassung verwirklicht, ausdrücklich sagt: "I Comuni valorizzano le libere forme associative e promuovono organismi di partecipazione dei cittadini all' amministrazione locale". Und daß in den Satzungen etwas darüber vorgesehen werden soll. "Nel procedimento relativo all'attuazione di atti che incidono su situazioni giuridiche soggettive, devono essere previste forme di partecipazione degli interessati secondo le modalità stabilite dallo Statuto.". Also in diesem Sinne wäre es richtig, daß eine solche Bestimmung oder das, was der Abg. Gasperotti vorschlägt, eventuell anders formuliert hineinkäme, so wie es im Artikel 6 des staatlichen Gemeindeautonomiereformgesetzes vorgesehen ist. Denn der Verfassungsgerichtshof hat ja im Urteil Nr. 83 vom 25. März 1977 lobend hervorgehoben, daß das regionale Gemeindeautonomiegesetz Nr. 1 von 1993 die Grundsätze vom staatlichen Gemeindeautonomiegesetz übernommen hat. Nur hat er dann festgestellt, indem er sagt: "Come la legge 8 giugno 1990, n. 142 corrisponde alle esigenze di garanzia delle autonomie locali nelle regioni a statuto ordinario, così la legge regionale del Trentino Alto Adige n. 1 del 1990, riproducendo pressochè testualmente la formulazione della legge statale, rende concreto il principio autonomistico nell'ambito della Regione e delle provincie autonome". Er hat dann allerdings festgestellt, daß ein Gesetz der Provinz Trient verfassungswidrig ist, weil es gegen die Gemeindeautonomie verstößt. Deshalb wäre ich der Ansicht, daß man, um

dieses Lob des Verfassungsgerichtshofes für das regionale Gemeindeautonomiegesetz Nr. 1 von 1993 zu verdienen, hier schon diese hineinnimmt, d.h. so etwas ähnliches wie "I Comuni valorizzano le libere forme associative e promuovono organismi di partecipazione dei cittadini all'amministrazione locale" und daß man das irgendwie auch übernimmt, um dem gerecht zu werden, was der Verfassungsgerichtshof gesagt hat. Die Region hat das Gesetz gemacht, vom Staat die Grundsätze übernommen, nur die Provinz Trient nicht und das gilt auch für die Provinz Bozen.

Insofern wäre ich der Ansicht, daß man das schon - vielleicht etwas anders formuliert - übernehmen sollte.

PRÄSIDENT: Bitte, Abg. Chiodi.

CHIODI: Collega Benedikter, l'art. 48 della legge 1 del 1993, il nuovo ordinamento dei comuni della nostra Regione, parla di partecipazione popolare e recita: "i comuni valorizzano le libere forme associative, cooperative in particolare, le associazioni", eccetera, credo ci siano nella nostra legge le cose che vengono richieste ora.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Siamo in discussione dell'emendamento a firma del cons. Gasperotti ed altri. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 12 voti favorevoli, 2 voti di astensione e 20 voti contrari, l'emendamento è respinto.

C'è un altro emendamento, prot. n. 9107, a firma dei cons. Zanoni, Valduga, che recita: al comma 3 dell'articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, dopo le parole "ai comuni singoli o associati" sono aggiunte le seguenti parole: "o alle comunità montane".

Prego dare lettura dell'emendamento in lingua tedesca.

WILLEIT: "Im Absatz 3 des Artikels 2 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 werden nach den Worten "auf die einzelnen Gemeinden oder auf zusammengeschlossenen Gemeinden" die Worte "oder auf die Berggemeinschaften" hinzugefügt.

PRESIDENTE: La parola al primo firmatario, cons. Zanoni.

ZANONI: Grazie. In sostanza l'emendamento vuole introdurre un ulteriore strumento per la gestione associata e come soggetto di trasferimento di funzioni e di servizi da parte delle Province e dei comuni, la comunità montana, cioè oltre alle forme associative, ricomprese nelle previsioni della legge che stiamo discutendo, nelle proposte della maggioranza, che sono le associazioni dei comuni e le unioni, questo emendamento vuole introdurre anche che possano avere pari titolo le comunità montane, senza peraltro fare una scelta definitiva.

Mi pare che, viceversa, la legge che stiamo discutendo propone esclusivamente come forme associative fra comuni, per il trasferimento di funzioni e per la gestione di servizi, solo ed esclusivamente le associazioni e le unioni di comune.

Noi vogliamo, viceversa, riproporre e garantire anche la presenza delle comunità montane nella loro essenza fondamentale, quale ente territoriale con autonomia statutaria, a cui spettano competenze di gestione del territorio, come dicevo prima, altrimenti autogoverno non ce n'è e anche funzioni di scelta dello sviluppo socio-economico, che una comunità, come sarà poi individuata, i cui ambiti spetteranno necessariamente ad una intesa fra Province autonome e comuni, all'interno di queste autonomie locali evidentemente l'esercizio di determinate funzioni e determinati servizi, attraverso la comunità montana, noi la ribadiamo, ritenendo necessario un gradino intermedio fra i comuni e la Provincia, al fine di garantire anche ai comuni più piccoli e meno dotati, sia finanziariamente, che organizzativamente, di avere supporti sufficienti, al fine di avere pari dignità, pari servizi e pari capacità di incidere.

Evidentemente questo non è ricompreso nel concetto della legge che stiamo discutendo, che ha una visione eminentemente tecnicistica e aziendalista del modo di associarsi dei comuni.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Da kommen jetzt das erste Mal die Berggemeinschaften. Wir wissen, daß die Berggemeinschaften im staatlichen Gemeindeautonomiereformgesetz im Art. 28 erwähnt werden. Dort steht: "Le comunità montane sono enti locali costituiti con legge regionale tra comuni montani e parzialmente montani della stessa provincia." u.s.w. Es ist eine örtliche Körperschaft - das steht fest - und kann also auch Funktionen der Region und der Provinz delegiert erhalten. Wir wissen aufgrund des Verfassungsgesetzes vom September 1993, daß die Region die ausschließliche Zuständigkeit für die Ordnung aller örtlichen Körperschaften übernommen hat, also auch die sogenannten Berggemeinschaften wie übrigens in eurem Vorlagebericht auch ausgeführt wird. Wie dort steht: "Per effetto della modifica statutaria sono divenute quindi inoperanti le disposizioni dell'articolo 7 D.P.R. 279/74 norma d'attuazione posta a fondamento della competenza provinciale in materia di ordinamento dei comprensori."

Jetzt kommt das "aber" - ich bitte um Aufmerksamkeit. Die sogenannten Berggemeinschaften können nicht den Gemeinden gleichgestellt werden, wenn von Gemeindeautonomie die Rede ist. Siehe Artikel 128 der Verfassung, wo gesagt wird: "Le province e i comuni sono enti autonomi nell'ambito dei principi fissati da legge regionale della Repubblica, che ne determina le funzioni." Ich kann nicht eine Berggemeinschaft gleichsetzen mit der Gemeinde. Sie kann also Funktionen delegiert erhalten von seiten der Region und der Provinz. Ich kann aber nicht sagen, die Berggemeinschaft ersetzt eine Gemeinde oder ersetzt eine Gruppe von Gemeinden. Das widerspricht meiner Ansicht nach Artikel 128 der Verfassung. Gemäß Verfassung haben Anrecht auf Autonomie, auf verfassungsrechtlich gewährleistete Autonomie, wie es

heißt, die Provinzen und die Gemeinden und keine anderen örtlichen Körperschaften. "Le province e i comuni sono enti autonomi nell'ambito dei principi fissati dalla legge regionale della Repubblica." Es ist eine örtliche Körperschaft, sie fällt unter die Zuständigkeit der Region was die Ordnung betrifft, kann auch Funktionen der Region und der Provinz delegiert erhalten, auch vom Staat. Sie kann aber nicht behandelt werden wie eine Gemeinde, sie kann nicht anstelle der Gemeinden treten. Sie können nicht Gemeinden ersetzen. Da steht eben im dritten Absatz des Artikel 2: Sie können delegiert erhalten. Wobei ich nach wie vor keinen Abänderungsantrag eingebracht habe, weil das eigentlich der Regionalausschuß tun müßte, denn das Wort "trasferite" ist sicher verfassungswidrig.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini, ne ha la facoltà.

MORANDINI: Grazie Presidente. Per dichiarare, a nome del gruppo regionale che in questo momento rappresento, il voto favorevole a questo emendamento, perché ci sono alcune ragioni che vorrei brevemente sintetizzare e che stanno a fondamento di questo voto positivo.

La prima, perché questa previsione della istituzione della comunità montana ha, a tutt'oggi, un fondamento costituzione, l'art. 129, secondo comma, lascia chiaramente intendere questo tipo di possibilità all'interno di un disegno istituzionale.

La seconda, ancora più importante a mio avviso, perché c'è bisogno oggi di trovare modalità, tanto più all'interno delle nostre terre, che possano salvaguardare le identità comunali, diversamente in una visione che valorizza solo il comune, i piccoli comuni rischiano di scomparire, proprio per i costi che dovranno in questa visione supportare per sostenere certi tipi di servizi.

C'è poi una terza ragione, Presidente, che milita in questo senso ed è una ragione di tipo culturale sociologico. Mi pare che sia radicata fortemente all'interno del Trentino, ma anche dell'Alto Adige, che su questo versante, se non vado errato, ci ha anticipato, una unità di valle che è consolidata e che travalica i singoli comuni e che molte volte, su servizi che per la loro stessa natura sono destinati a superare dimensione comunale, ravvisa ed evidenzia tutta la sua fondatezza.

Quello che è importante, lo si chiami consorzio dei comuni o comunità montana, ci sia comunque l'identificazione da parte del legislatore, assessore Chiodi, di una comunità di valle o montana, cioè di un'associazione a scopi generali dei comuni, razionalmente organizzata.

C'è anche un'ulteriore motivazione, che va in questa direzione e che è una motivazione anche di tipo politico, istituzionale; nel momento in cui si fa sempre più forte il dibattito sulle funzioni dell'ente Regione mi chiedo, di fronte alla recente introduzione che ha fatto la Provincia di Bolzano delle comunità montane, se non sia il caso, in modo particolare per le ragioni che ho poco fa detto, di andare in questa direzione anche da noi, proprio per evitare differenziazioni fra il quadro delle due province e pensando che tanto più, se è avvenuto in provincia di Bolzano, dove i comuni sono in numero inferiore rispetto alla Provincia di Trento, a maggior ragione questo

deve avvenire all'interno della provincia di Trento, per evitare una frammentazione, che altrimenti si rivela pericolosa ed a danno della qualità dei servizi.

Allora penso che sia assolutamente essenziale individuare e configurare una comunità montana, per dare un appellativo come dà l'emendamento di cui si sta discutendo, ma non è sul nome che mi fermo, un ente intermedio come ente di governo, cioè un ente che sia capace solamente di espletare funzioni di tipo tecnico, ma anche di tipo politico e qui è debole la proposta che prevede i soli sindaci come rappresentanti e nella cui previsione non ci sia spazio per le minoranze. Dicevo funzioni non soltanto di tipo tecnico, ma anche di tipo politico, mi spiego ancora più concretamente.

A questa comunità montana dovrebbero comunque essere affidati due tipi importanti di funzioni: funzioni di pianificazione urbanistica e funzioni di programmazione socio-economica, perché dovrebbero svolgere, per le ragioni di unitarietà all'interno di unità di valle di cui ho detto, i programmi ed i piani di sviluppo.

C'è anche, come ultimo, una motivazione di tipo storico. Originariamente la comunità montana era un consorzio, la 142 ha consolidato la possibilità che si configuri, come unione di comuni, in ogni caso è un ente di secondo livello, che si ravvisa necessario per le ragioni che ho esposto. Allora all'interno della 102 del 1971, che, come è noto, prevede le comunità montane, penso possa innestarsi questa nostra previsione, alla luce di un'esperienza storica del Trentino, che fino dagli anni 1964-67 ha visto maturare certi tipi di previsioni e di assetti istituzionali.

Mi pare che la proposta della Giunta della Provincia autonoma di Trento preveda successivamente un consorzio obbligatorio fra i comuni, parlavo poco fa con l'assessore competente e mi diceva che è ancora in via di definizione il quantum di abitanti minimo da prevedere; penso che questo sia un dignitoso passo in avanti, però a mio avviso non basta.

Mi pare che sia importante, per garantire proprio questo ente di secondo livello, ente di governo, con funzioni di tipo tecnico, ma di tipo anche urbanistico e di programmazione di servizi, definire sia gli ambiti territoriali di questo ente intermedio, quindi non solamente il quorum richiesto di popolazione, sia anche la funzionalità dei servizi, cioè questo per evitare che ci sia una disomogeneità fra i servizi, quindi per garantire equanimità fra i servizi, in modo particolare l'erogazione dei servizi da parte delle realtà comunali più piccole, per evitare la fagocitazione di questo da parte di comuni più grandi, ritengo che la proposta di legge delle Province ed in particolare di quella di Trento e qui la proposta di legge regionale dovrebbe già dare l'imput per questo, deve tenere presente non solamente il quantum di popolazione, ma anche la definizione degli ambiti territoriali, per garantire l'equanime erogazione dei servizi.

Quindi siamo favorevoli a questo emendamento.

PRESIDENTE: Altri intendono intervenire? La parola al cons. Willeit.

WILLEIT: Soltanto due parole. Purtroppo non riesco a vedere dietro le righe quali siano i fini occulti della proposta di legge, ma vedo le righe come sono scritte e non ho alcun dubbio che il decentramento amministrativo e anche la forma associativa per

esercitare le funzioni amministrative a livello locale, riguardano tanto i comuni della Provincia di Bolzano, quanto quelli della Provincia di Trento. Se ciò è vero, non trovo altra comunità nella provincia di Bolzano che possa accogliere le funzioni delegate o attribuite dalla Provincia, che non il comprensorio.

Noi sappiamo che la legge provinciale sui comprensori di Bolzano rimane inalterata. Sappiamo anche che i comprensori sostituiscono la comunità montana, che sono la stessa cosa, è esplicitamente dichiarato nella legge ed allora perché non si accoglie questa proposta, anche se la dizione “comunità montana” non è proprio quella più adatta per la provincia di Bolzano, ma io considero solo questa comunità, quella base alla quale può essere trasferita in modo principale la delega o la funzione provinciale.

PRESIDENTE: Concedo la parola all’assessore Chiodi.

CHIODI: In maniera succinta. Questo emendamento proposto dal collega Zanoni non si può leggerlo parzialmente, ma unitamente agli altri da lui presentati, così si capisce cosa devono diventare le comunità montane. Queste richieste all’interno degli emendamenti non sono coerenti con l’impostazione del disegno di legge che abbiamo presentato, perché le comunità montane vengono figurate in questi emendamenti come enti aventi funzioni proprie e non come invece noi prevediamo, sia nel disegno di legge regionale, che in quello provinciale, che riguarda la provincia di Trento, come delle forme di gestione associata, di funzione di servizi.

Allora nel nostro disegno di legge prevediamo le associazioni dei comuni e l’unione dei comuni, però sempre con la titolarità dei comuni. Qualcuno parlava delle comunità comprensoriali della Provincia di Bolzano, sono delle strutture completamente diverse dalle nostre, innanzitutto non sono enti locali, non hanno titolarità di funzioni proprie, non hanno competenza in materia di pianificazione e nemmeno di programmazione economica.

Non sono i comprensori che avevamo nella nostra provincia, sono altre cose, di conseguenza la Giunta non accetta questo emendamento.

PRESIDENTE: La parola al cons. Zanoni, per la replica.

ZANONI: Non condivido l’interpretazione della collega Chiodi, perché l’art. 7 del DPR 279 equipara evidentemente, anche perché poi ne discuteremo sulla norma transitoria, ma nel secondo comma cita esplicitamente: “Ai fini della valorizzazione delle zone montane le Province potranno costituire tra i comuni, appartenenti allo stesso comprensorio, le comunità montane previste dalla legge 1102, determinandone l’ordinamento, ovvero altri enti di diritto pubblico, aventi compiti analoghi di programmazione economica e di pianificazione”. Per cui ‘analogo’ vuol dire che è uguale, ha le stesse funzioni.

Il secondo comma recita: “nella delimitazione del comprensorio, ove non sia già intervenuta, le Province assicureranno la consultazione dei comuni interessati”.

Per cui richiamo l'assessore all'art. 7 del DPR 279.

PRESIDENTE: E' stata chiesta la votazione per scrutinio segreto sull'emendamento prot. n. 9107, a firma dei cons. Zanoni ed altri.

Prego distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'emendamento prot. n. 9107:

| | |
|-------------------|----|
| votanti | 54 |
| schede favorevoli | 17 |
| schede contrarie | 30 |
| schede bianche | 7 |

Il Consiglio non approva.

Passiamo al prossimo emendamento, a firma dei cons. Zanoni, Valduga e Giordani, prot. n. 9107/2, che recita: Al comma 3 dell'articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 dopo le parole "ai comuni singoli o associati" sono aggiunte le seguenti parole: "nelle forme di cui agli articoli 41 ter - 41 quater e 42".

Prego dare lettura dell'emendamento nel testo tedesco.

WILLEIT: In Absatz 3 des Artikels 2 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 4 werden nach den Worten "auf die einzelnen Gemeinden oder auf zusammengeschlossenen Gemeinden" folgende Worte hinzugefügt: "nach den Formen gemäß den Artikeln 41 ter, 41 quater und 42."

PRESIDENTE: La parola al cons. Zanoni per l'illustrazione.

ZANONI: In sostanza l'emendamento ripete nei concetti l'emendamento che abbiamo discusso in precedenza, esplicitando in modo più chiaro il concetto di associazione, cioè il comma 3 recita: "La Regione e le Province autonome, individuano le funzioni, nelle materie di cui al comma 2, che sono trasferite, delegate o subdelegate, ai comuni singoli o associati..." noi diciamo: come associati? Associati secondo le previsioni dell'articolo 41/ter, che è contenuto nella legge che stiamo discutendo, perché equivale al concetto di associazione dei comuni, così come poi è descritta nei vari commi, che sono 11 da parte della legge proposta dall'assessore Chiodi ed anche nelle forme contenute dall'art. 42, che invece è contenuta nella legge n. 1 ed è ripreso anche in questa legge, che parla di unione dei comuni.

Tutti sapete quali sono le differenze fra unione e associazione, hanno tutti e due le stesse attività da svolgere, viceversa però si differenziano profondamente dalla finalità ultima, che è quella di arrivare alla fusione dei comuni. I tempi poi per queste fusioni sono talmente biblici, per cui molto probabilmente, essendo stato tolto

nell'impostazione provinciale, parlo della provincia di Trento, il limite entro il quale la fusione deve avvenire, questa non avverrà mai, perché nessun comune poi si porrà - almeno in tempi biologici, cioè di vita di una generazione o di due, all'interno di quello che può essere i 100 anni - termini eccessivamente vincolanti nel tempo.

Noi introduciamo l'art. 41/ter di nostra concezione, che praticamente è la disciplina, attraverso la quale i comuni possono esercitare attività, funzioni e servizi in forma associata, l'art. 41/ter, che discuteremo successivamente, praticamente è titolato: comunità montana.

Individuiamo, all'interno di questa legge, oltre a quanto previsto dall'art. 41/bis, che è meno significativo, l'art. 41/ter che è associazione di comuni, l'art. 42, che parla di unione dei comuni, introduciamo anche il concetto e l'ordinamento delle comunità montane e poi vedremo anche un minimo di organicità, di competenze che debbono e possono esercitare.

Per cui di nuovo nella legge c'è l'introduzione dell'art. 41/ter, che è la comunità montana, così come disciplinata dal nostro art. 41/ter, ma anche come è disciplinata in termini di autonomia statutaria, di funzioni, di poteri, di competenze proprie e trasferire anche facendo riferimento alla legge 1102, alla legge 142 ed al DPR n. 279.

Per cui ribadiamo qui la non possibilità da parte della Regione di dimenticare le comunità montane, in quanto previste da due leggi statali e da una legge costituzionale, che è il DPR n. 279.

Noi ribadiamo l'introduzione che nelle forme, nei concetti di associazione fra comuni sia ricompresa anche la comunità montana.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich schließe mich den Ausführungen des Abgeordneten Zanoni an, weil diese Berggemeinschaften in aller Form eingeführt worden sind durch das Berggesetz und auch durch das letzte Berggesetz, das neue Berggesetz vom 31. Januar 1994 Nr. 97. Sie befinden sich unter den örtlichen Körperschaften und sie können auch dienen für Zusammenschlüsse von Gemeinden, um mit ihrer Tätigkeit besonders was die sogenannte Förderung der Berggebiete betrifft wirksam zu werden. Also möchte ich jetzt sagen: es ist undenkbar, daß in diesem Regionalgesetz eine Gemeindeordnung oder eine Ordnung der örtlichen Körperschaften gemacht wird für die Provinz Trient in einem Sinne und für die Provinz Bozen in einem anderen Sinne. Daß man sozusagen sagt: In der Provinz Trient da verfügen wir mit Regionalgesetz über die Berggemeinschaften, in der Provinz Bozen bleibt alles beim alten. Das ist nicht denkbar. Die ausschließliche Zuständigkeit für die Ordnung örtlicher Körperschaften umfaßt auch die Berggemeinschaften und damit ist in diesem Fall die Zuständigkeit der Provinzen abgeschafft, sei es der Provinz Trient, sei es der Provinz Bozen.

Wenn die Region hier etwas Neues bestimmen will, dann muß das gleich gut für die Provinz Trient wie für die Provinz Bozen gelten. Ich bin hier der Ansicht, daß man schon darauf hinweisen kann, daß man die Berggemeinschaften sozusagen als

Zusammenarbeitsgemeinschaften der Gemeinden hinstellt, wobei die Gemeinde als solche ja aufrecht bleibt. Zusammenarbeitsformen der Gemeinden auch nicht nur in Form von Vereinigungen und Konsortien, sondern auch in Form von Berggemeinschaften. Man kann sie ja nicht ignorieren. Entweder wir sagen, in der Region braucht es keine Berggemeinschaften oder sie sind da, sie sind ja verfassungsrechtlich eingeführt und daher muß man sie auch als eventuelle Formen der Zusammenarbeit der Gemeinden berücksichtigen, auch wenn sie sie nicht - wie später ein Vorschlag lautet - ersetzen können. Sie können nicht die Gemeinden und die Gemeindeautonomie ersetzen, aber sie können eine Form der Zusammenarbeit der Gemeinden im Berggebiet darstellen. Wobei hier dann auch vorgesehen wäre, daß das ganze Land, die ganze Provinz Berggebiet ist. Wir wissen, daß das gegen das Berggesetz ist, gegen einen Verfassungsgrundsatz, denn die Städte über 40.000 Einwohner können nicht Bestandteil eines Berggebietes sein. Wenn ihr das bitte auch berücksichtigt. Ich bin der Ansicht, daß es richtig ist, wenn man auch die Berggemeinschaften als mögliche Formen der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden im Berggebiet anführt.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola l'assessore Chiodi, ne ha la facoltà.

CHIODI: Velocemente, per ripetere quello che ho detto per l'emendamento che è stato respinto prima. L'impostazione del disegno di legge che abbiamo presentato non è in coerenza con la proposta fatta dal collega Zanoni, perché abbiamo scelto un altro percorso e le funzioni, collega Benedikter, delle comunità montane sono delegate ai comuni, per quanto riguarda questo progetto. Questa è stata l'impostazione che abbiamo dato a tale progetto collettivo, di conseguenza la Giunta respinge questo emendamento.

PRESIDENTE: E' stata chiesta la votazione per scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'emendamento prot. n. 9107/2:

| | |
|-------------------|----|
| votanti | 52 |
| schede favorevoli | 18 |
| schede contrarie | 27 |
| schede bianche | 7 |

Il Consiglio non approva.

Passiamo al prossimo emendamento, a firma dei cons. Zanoni, Valduga e Giordani, prot. n. 9107/3, che recita: Al comma 4 dell'articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 dopo le parole "I comuni singoli o associati" sono aggiunte le seguenti parole: "o le comunità montane".

Intende illustrarlo collega Zanoni? Prego.

ZANONI: Richiamo le considerazioni che ho fatto per gli altri emendamenti, cioè è l'introduzione del concetto della comunità montana, laddove questi temi e questi concetti vengono richiamati, evidentemente abbiamo introdotto anche questa possibilità.

Per cui non voglio far perdere tempo all'aula chiudo il mio intervento. Chiedo peraltro la votazione a scrutinio segreto.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Wir werden das Gesetz anfechten - schon aus anderen Gründen, nicht nur aus diesem Grund -, bis zum Verfassungsgerichtshof. Ich möchte aber nur darauf aufmerksam machen, daß da das Gesetz vom 31. Januar 1994 Nr. 97: „Nuove disposizione per le zone montane“ ist. Da steht im Artikel 1 erster Absatz: "La salvaguardia e la valorizzazione delle zone montane ai sensi dell'articolo 44 della Costituzione rivestono carattere di preminente interesse nazionale; ad esse concorrono per quanto di rispettiva competenza lo Stato, le Regioni, le Province autonome e gli enti locali." Dieser Grundsatz wird hier mißachtet. Ich verstehe euch nicht, ihr könnt doch nicht die Berggemeinschaft ignorieren, um so mehr nicht wo jetzt die Region diese Zuständigkeit hat für die Ordnung aller örtlichen Körperschaften, also auch was die Berggemeinschaften betrifft. Die Frau Assessor hat darauf geantwortet: "Wir haben ja den fünfter Absatz - o la legge provinciale lo preveda - die Provinz ist ja nicht mehr zuständig für Berggemeinschaften." Das ist sicher verfassungswidrig. Ihr könnt nicht die Berggemeinschaften abschaffen, ihr könnt sie nicht ignorieren und sagen, daß die Gemeinden die Befugnisse, die Funktionen der Berggemeinschaften übernehmen. Das könnt ihr nicht tun. Eigentlich müßte man froh sein - es sind hier Elemente, Verfassungswidrigkeitselemente mehr als genug. Macht ruhig so weiter. Wir werden es auf jeden Fall anfechten.

PRESIDENTE: E' stata chiesta la votazione per scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'emendamento prot. n. 9107/3:

| | |
|-------------------|----|
| votanti | 53 |
| schede favorevoli | 17 |
| schede contrarie | 31 |
| schede bianche | 5 |

Il Consiglio non approva.

Sono le ore 13.00 e sospendo la seduta. I lavori riprenderanno alle ore 15.00

(Ore 13.00)

(Ore 15.10)

Vorsitz: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten.

DIVINA: (Segretario):(fa l'appello nominale)
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zum nächsten Änderungsantrag, überschrieben mit der Nummer 4, immer zum Artikel 1. Protokoll ist keines hinaufgestempelt.

Al comma dell'articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 dopo le parole "I comuni singoli o associati" sono aggiunte le seguente parole: "nelle forme di cui agli articoli 41 ter, 41 quater e 42."

In Absatz 4 des Artikels 2 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 werden nach den Worten: "Die einzelnen bzw. die zusammengeschlossenen Gemeinden" folgende Worte hinzugefügt: "nach den Formen gemäß den Artikeln 41 ter, 41 quater und 42." Abgeordneter Danilo Zanoni, Abgeordneter Valduga und Abgeordneter Giordani.

Wer meldet sich zu Wort. Abgeordneter Zanoni, prego

ZANONI: L'emendamento si inserisce evidentemente in un'impostazione della legge, che non è certamente quella prevista dalla proponente Giunta regionale e dall'assessore Chiodi in modo particolare, ma viceversa vuole riconoscere anche a forme associative diverse, da quelle previste dal disegno di legge n. 86, vuole prevedere quale forma associativa a cui trasferire funzioni e delegata anche alla gestione di servizi, una forma organizzata chiamata comunità montane, che non sono un'invenzione del momento, ma è un ente locale riconosciuto dalle leggi dello Stato, sia di tipo ordinario come la 1102 e la 142, che di tipo costituzionale quale il DPR n. 279 in modo particolare, a cui facciamo spesso riferimento in questa legge.

Per cui noi, pur accettando e riconoscendo valide le forme associative, chiamate associazione dei comuni, così come descritte nella loro articolazione ed organizzazione nel disegno di legge 86, che corrispondono all'art. 41/ter, pur riconoscendo la forma dell'unione dei comuni, che è propedeutica alla fusione, vogliamo che venga introdotta quale forma di collaborazione politica, prima ancora che amministrativa e di gestione dei servizi, anche la comunità montana, a cui spettano certamente competenze proprie, ma a cui dovremmo, in base alle volontà espresse dalla

presente legge, compresa quella prodotta da quest'aula, ma respinta in commissione e precedentemente.

Pur tuttavia vogliamo che anche le stesse comunità montane siano destinatarie delle stesse possibilità assegnate all'unione dei comuni e alle associazioni, in più riconoscendo alla comunità montana, come dicevo stamattina, quelle che sono le prerogative fondamentali per l'esercizio dell'autogoverno, cioè la potestà in primis della gestione del territorio e della gestione dello sviluppo socio-economico. Dopo di che sappiamo che questo non è compreso nel progetto e nelle intenzioni nè della legge regionale che oggi stiamo discutendo, nè tanto meno dell'impostazione del disegno di legge proposto in Provincia di Trento da parte della stessa maggioranza.

Peraltro conserviamo le nostre convinzioni, anche forti, del fatto che queste stesse entità locali vengono preservate nella provincia di Bolzano e allora non si capisce perché un istituto che in Provincia di Bolzano viene riconosciuto funzionante, nella provincia di Trento non possa funzionare, a parte poi le considerazioni dell'ulteriore divaricazione fra le due Province, evidentemente era sufficiente porre rimedio alle difficoltà di ordine organizzativo ed a quelli che erano stati i vizi fondamentali, da addebitare ai comprensori, che erano quelli organizzativi, ma in modo particolare questa non volontà, da parte della Provincia di Trento, di delegare funzioni nè alle comunità montane, nè ai comprensori, nè tanto meno ai comuni.

Ecco perché ritengo che alla fine questo disegno di legge, non prevedendo enti realmente di autogoverno, rimarrà come una promessa agli enti locali di tipo elettoralistico, che non di grande riforma.

PRÄSIDENT: Der Abgeordnete Alfons Benedikter, bitte

BENEDIKTER: Ich werde für meinen Teil diesen Gesetzentwurf bis zum Verfassungsgerichtshof anfechten. Die Region ist aufgrund ihrer Zuständigkeit, ihrer ausschließlicher Zuständigkeit für Ordnung der örtlichen Körperschaften, auch für die sogenannten Berggemeinschaften zuständig und nicht mehr die Provinzen. Sie kann aber aufgrund dieser Zuständigkeit nicht hergehen und die Berggemeinschaften abschaffen, wie es dann im fünften Absatz erfolgt. Im Gegenteil, sie muß die Berggemeinschaften zur Kenntnis nehmen so wie sie im Gemeindeautonomiereformgesetz Nr. 142 vom 08. Juni 1990, ein Staatsgesetz, eben vorgesehen sind, eigens vorgesehen sind, wo es im Artikel 28 heißt:

"Le comunità montane sono Enti locali costituiti con leggi regionali tra comuni montani e parzialmente montani della stessa provincia, allo scopo di promuovere la valorizzazione delle zone montane, l'esercizio associato delle funzioni comunali nonchè la fusione di tutti o parte dei comuni associati."

Nachdem der fünfte Absatz sicher verfassungswidrig ist, muß man die Berggemeinschaften eben zur Kenntnis nehmen, daß sie bestehen, und als solche eignen sie sich in erster Linie dafür, wenn Gemeinden zusammenarbeiten wollen, weil sie zu klein sind und gewisse Aufgaben besser gemeinsam verrichten können. Daher stimme ich dafür. Ich muß allerdings den Abgeordneten Zanoni folgendes fragen: Herr

Abgeordneter Zanoni, da wird Bezug genommen auf den Artikel 41 quater, der noch nicht da ist, also müßte man eigentlich zuerst den Artikel 41 quater genehmigen. Ich weiß schon, daß er eingebracht ist, aber man müßte eigentlich den zuerst genehmigen, um dann darauf Bezug nehmen zu können, nicht? Eigentlich müßte man mit dieser Änderung abwarten bis der Artikel 41 quater genehmigt ist oder nicht genehmigt wird - das wird man sehen. Zuerst also abwarten, ob der 41 quater und 42, der ja auch neu ist, genehmigt wird. Herr Präsident des Regionalrates, hier wird Bezug genommen auf einen 41 quater, der neu dazukommen soll, aber noch nicht behandelt worden ist. Wir haben den 41 ter und es müßte also abgewartet werden was mit dem 41 quater, mit dem Abänderungsantrag zum 41 quater geschieht, bevor man hier darüber abstimmt.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Benedikter, sie haben recht. Trotzdem können wir diese Diskussion halten, dieser Abänderungsantrag bezieht sich auf einen anderen und nur wenn der genehmigt wird, dann hat er Sinn. Jetzt gibt es zwei Wege: entweder wir setzen diesen aus und machen zuerst den anderen oder wir machen den hier. Als Präsidium würden wir, wenn der andere nicht genehmigt wird, die Ziffern herausschneiden. Das wäre dann eine technische Änderung. Wie sie wünschen. Abgeordneter Valduga, Abgeordneter Zanoni ha capito?

ZANONI: La risposta alla domanda del collega Benedikter non posso certo darla io, peraltro avevo fatto le stesse osservazioni all'atto della presentazione degli emendamenti, perché la legge fa riferimento anche agli artt. 41/bis, 41/ter, che non esistono nella legge n. 1, ma sono successivi a questo articolo, per cui non è solo riferito all'art. 41/quater il problema sollevato dal cons. Benedikter, ma si riferisce all'art. 41/bis e 41/ter, che sono di nuova introduzione nella legge, in quanto trattiamo delle modifiche alla legge, non già una legge riscritta.

Per cui è chiaro che il problema riguarda non solo l'art. 41/quater, ma gli artt. 41/bis e 41/ter. Posso capire che l'art. 41/quater venga bocciato, visti gli equilibri di quest'aula, però verrebbe approvato, Presidente, l'art. 3, laddove si parla di artt. 41/bis e 41/ter, pur non essendo ancora attivi per la legge. Per cui il problema dell'art. 41/quater è facilmente esaurito, perché le previsioni portano a pensare che verrà certamente bocciato, ma gli artt. 41/bis e 41/ter, che certamente la maggioranza sosterrà, però adesso andiamo ad affermarlo in assenza dei due articoli; per cui il problema sollevato dal cons. Benedikter è sostanziale, almeno per quanto riguarda le proiezioni di votazione che avranno i due articoli proposti dalla maggioranza.

Certamente su questo fatto è necessario chiarire, Presidente, o sospendiamo questo ed andiamo a trattare la sostanza ed i termini dell'articolo, altrimenti approveremo un articolo che ancora non esiste, o facciamo riferimento a due articoli che ancora non esistono, perché la legge approvata a tutt'oggi è solo la n. 1 del 4 gennaio 1993.

Pertanto è un problema che diventa politico prima, ma sostanziale e tecnico poi, per cui credo che il Presidente debba intervenire ad offrire un chiarimento fondamentale in questa vicenda.

PRÄSIDENT: Wir setzen ihn im Moment aus. Sie haben schon recht, daß einiges vorhin unter dem Vorsitz des Abgeordneten Tretter genehmigt worden ist, man könnte es auch machen, weil das Präsidium ja die Möglichkeit hat, dann technisch die entsprechenden Sachen nummernmäßig in Ordnung zu bringen und die Bezüge zu richten. Sicherheitshalber setzten wir den Antrag aus.

Wir machen den nächsten mit der Nummer 5 überschrieben. Wiederum Abgeordneter Zaroni, Abgeordneter Valduga und Abgeordneter Giordani.

Absatz 5 des Artikels 2 des Regionalgesetzes vom 04.01.1993, Nr. 1 ist aufgehoben.

Il comma 5 dell'articolo 2 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 é soppresso.

Abgeordneter Zaroni, prego, ha la parola.

ZANONI: Preventivamente volevo capire, perché non ho seguito del tutto il Presidente, 'il precedente o sospeso'? Ho capito, perché magari se lo approvavamo e poi andavamo a bocciare il comma 5, diventava il tutto insostenibile.

Questo emendamento al comma 5 dell'art. 2 della legge 4 gennaio 1993, n. 1 è soppresso, si riferisce alle parole che recitano: "spettano inoltre ai comuni", già stamattina è stato emendato da parte della maggioranza il discorso delle funzioni, togliendo il comma 2 e demandando alle leggi provinciali quali funzioni dovessero essere delegate o trasferite, ritenendo il comma 2 prolisso, eccessivo, eccetera.

E' evidente che parlando di funzioni noi avevamo fatto riferimento a quanto recitava la legge n. 1 e volevamo tenere in vita il secondo comma, che recitava con maggiore lucidità e sinteticità quali erano poi le competenze dei comuni, che erano quelle di gestione del territorio, eccetera.

E' evidente che nella nostra impostazione di organizzazione delle deleghe agli enti locali, avendo ipotizzato e affermando tutt'oggi la validità di gradi intermedi, politico-amministrativi, è evidente che questi passavano attraverso le comunità montane, perché questo è stato un po' lo spirito con il quale ci siamo mossi, evidentemente il comma 5 recita: "Spettano ai comuni le funzioni che lo Stato attribuisce alle comunità montane", naturalmente non rientrava in quella che era l'impostazione che abbiamo dato e che vorremmo dare alla distribuzione del potere e delle responsabilità, dei servizi e delle funzioni sul territorio in termini di decentramento amministrativo e politico.

Per cui non c'è dubbio che c'è una consequenzialità nei nostri emendamenti, laddove volevamo introdurre ai commi 2, 3 e 4 dell'art. 2, dove si citano funzioni e forme associative a cui delegare funzioni e servizi, le comunità montane, non c'è dubbio che non potevamo e non possiamo accettare che poi queste funzioni, attribuite alle comunità montane, siano attribuite ai comuni.

Pertanto abbiamo prodotto un emendamento di abrogazione del comma 5.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Alfons Benedikter, bitte.

BENEDIKTER: Mich wundert, daß sonst niemand das Wort ergreift, als ob es sonst niemanden interessieren würde. Hier geht die Region her und schafft also praktisch die Berggemeinschaften ab. Aufgrund ihrer neuen Zuständigkeit, der ausschließlichen Zuständigkeit für die Ordnung der örtlichen Körperschaften, glauben hier die Erleuchteten, daß die Berggemeinschaften einfach abgeschafft werden können, und zwar für die Region und nicht nur für die Provinz Trient. Dann kommt ja die andere Bestimmung, die Bestimmung des zweiten Absatzes des Artikels 2 d.h. des Artikels 7, der hier geändert wird, wo es dann heißt, daß die bereits von der Provinz Bozen eingerichteten Berggemeinschaften oder auch andere Berggemeinschaften ihre Tätigkeit fortsetzen. Hier wird zugegeben - für die Provinz Bozen -, daß die Berggemeinschaften ihre Tätigkeit fortsetzen auch im Sinne einer Form von Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden. Also das ist genau das Gegenteil von dem was hier bestimmt wird. Hier heißt es, den Gemeinden gehören die Befugnisse, die Funktionen an, wenn das Landesgesetz - und das muß Landesgesetz sowohl von Bozen als auch von Trient sein - es bestimmt, Funktionen, die vom Staat, durch Staatsgesetz, durch Gemeindeautonomiereformgesetze, den Berggemeinschaften anvertraut worden sind; und dann heißt es: ja aber in der Provinz Bozen bleiben die Berggemeinschaften bestehen, wenn das Landesgesetz es nicht anders bestimmt, bleiben sie weiter bestehen, auch als Form der Zusammenarbeit.

Erstens ist hier ein Widerspruch, zweitens kann die Region nicht eine Bestimmung machen, wie sie der Artikel 5, der Absatz 5 darstellt und auch nicht was den zweiten Absatz des Artikels 2 betrifft oder Artikel 7, denn die Berggemeinschaften sind aufgrund eines Reformgesetzes über die Gemeindeautonomie vom 08. Juni 1990 Nr. 142 regelrecht bekräftigt worden, und selbstverständlich bestehen aufgrund des sogenannten Berggesetzes, des ursprünglichen und des neuen Berggesetzes - neu vom 31. Jänner 1994 Nr. 97 - bestehen diese Berggemeinschaften, die also nicht durch die Region, auch wenn sie ausschließliche Zuständigkeit hat, abgeschafft werden können, weil dies zu den Reformgrundsätzen gehört. Es sind hier mehrere Bestimmungen, die sicher verfassungswidrig sind. Lassen Sie sie nur drinnen, damit das Gesetz auch sicher zu Fall kommt. Ich gratuliere!

PRÄSIDENT: Danke Abgeordneter Benedikter. Abgeordneter Gasperotti, bitte.

GASPEROTTI: Prendo l'occasione di questo emendamento, che è l'ultimo riferito all'art. 1, laddove si dice "comunità montane". Il valore di una comunità montana varia di territorio in territorio, secondo le capacità dei comuni che hanno costruita questa comunità montana. In realtà nel Trentino le comunità montane ed i comprensori sono stati costruiti dal legislatore regionale e poi provinciale per espropriare i veri poteri dei comuni. Ciò è accaduto e attraverso questi comprensori si è mantenuto, sotto le ali del grande potere democristiano, tutta la partita che era invece di proprietà dei comuni. Questo è quello che pensa la gente che vive nelle vallate.

Allora il valore della comunità montana, se è un valore affermato, è quello contenuto sia nel DPR n. 616, del '77, come in quelli successivi, si parla di necessità di organizzare e gestire i servizi sociali in questi raggruppamenti, in queste unioni di comuni. Il disegno di legge non usa il termine "comunità montana" e preferisce usare termini come associazioni o società dei comuni per svolgere questa attività, senza però garantire quei comuni che non si sentono parte di aggregazione che altri costruiscono.

Allora qualcuno rimarrà fuori da questa mappa che si vuole costruire sul territorio della provincia di Trento, quelli fuori li inseriremo anche contro la propria volontà? Faremo in modo di far partecipare a queste iniziative in modo coercitivo? Non farei più di tanto opposizione a mantenere il concetto di comunità montana all'interno di una legge regionale, lo so che poi il vero contenuto verrà dato dai comuni che partecipano a queste associazioni, ma prevedere in una legge regionale che la parola "comunità montana" non è cancellata, proprio perché si è voluta cancellare, dà anche il segnale di non offendere chi in queste aggregazioni di comuni, anche se imposte per legge, hanno dato risposte positive nei vari settori di intervento.

Non è tutto male quello che esiste sul territorio, bisogna valorizzare quelle iniziative che hanno dato risposte positive. Ecco perché chiedo che la Giunta mediti l'opportunità di trovare una collocazione, come quella di considerare associazione dei comuni anche "la definita comunità montana", con i compiti che poi vedremo sono quelli affidati ai comuni.

Quindi non comunità montana come esproprio dei poteri comunali, ma come espressione dei comuni, questo mi trova d'accordo, solo che ho paura che qualche piccolo comune rimanga da solo e non possa costituire società solo con se stesso, o almeno chiedere un aiuto forte alla Provincia, perché si sostituisca o dia risposte, come istituzione superiore, alle varie domande dei bisogni organizzativi del territorio.

Questo era il ragionamento che volevo fare sulle comunità montane, tenuto conto che va chiarito e ricordato sempre quale è stato finora il ruolo in provincia di Trento dei comprensori, rispetto al disegno complessivo delle comunità montane, espressione sul territorio nazionale. Con meraviglia noto un'evoluzione di tipo culturale, storico e anche organizzativo di queste comunità montane e vi assicuro che parlando con chi vi lavora, sia nelle Marche che nell'Umbria, trova soddisfazione e dà risposte ai comuni che si associano in maniera molto positiva.

Questa opportunità deve essere avviata in provincia di Trento, perché fino ad ora questi comprensori hanno dato risposte, come quella dell'assemblea dei sindaci o quant'altro che non dà partecipazione politica, nel senso di rappresentare le peculiarità di queste zone e valorizzare queste particolari presenze, anche attraverso iniziative autonome, che rispettino i valori presenti nelle valli, senza umiliarne chi ne fa parte o chi lavora attivamente allo scopo. Grazie.

PRÄSIDENT: Es sind keine weiteren Redner mehr.

Wer schließt sich der Geheimabstimmung an? Danke, damit ist die Geheimabstimmung über den Abänderungsantrag Nr. 5 genehmigt. Bitte die Stimmzettel verteilen.

C'è Abgeordneter Divina? Siamo pronti? Bitte Ruhe. Così non si sente l'appello?

(Segue votazione a scrutinio segreto)

WILLEIT: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

| | |
|--------------------|----|
| Abstimmende: | 58 |
| Ja-Stimmen: | 15 |
| Nein-Stimmen: | 35 |
| weiße Stimmzettel: | 8 |

Damit ist der Abänderungsantrag nicht genehmigt. Ich setze den Artikel 1 aus und wir kommen jetzt zum zweier. Zuerst ist noch ein Abänderungsantrag von Abgeordnetem Vecli, und einer vom Abgeordneten Muraro ist aufgrund einer vorhergehenden Abstimmung verfallen. Somit haben wir den Artikel 1 erledigt, ausgenommen den Abänderungsantrag, den ich ausgesetzt habe und den wir danach behandeln.

Jetzt kommen wir zum Artikel 1 bis. Ich lasse über den Artikel 1 nicht abstimmen, ich setze ihn aus und auch diesen Abänderungsantrag, zu dem aufgeworfen worden ist, daß der Bezug fehlt. Der Bezug kommt erst im Artikel später. Somit müssen wir den Artikel 1 aussetzen.

Art. 1 bis

(Disposizioni particolari per i comuni della provincia di Bolzano)

1. Si applicano ai comuni della provincia di Bolzano le disposizioni relative alle forme collaborative ad eccezione di quelle contenute negli articoli 39, commi 2, 3, 4 e 5, e 41 ter della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 e successive modificazioni ed integrazioni.

2. Gli enti già istituiti nella provincia di Bolzano ai sensi dell'articolo 7 del decreto del Presidente della Repubblica n. 279 del 1974, ove la legge provinciale non prevede diversamente, continuano ad operare anche in luogo delle forme collaborative di cui all'articolo 39 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 e successive modificazioni ed integrazioni.

WILLEIT:

Art. 1 bis

(Sonderbestimmungen für die Gemeinden der Provinz Bozen)

1. Für die Gemeinden der Provinz Bozen werden die Bestimmungen über die Formen der Zusammenarbeit mit Ausnahme jener angewandt, die in den Artikeln 39 Absätze 2, 3, 4 und 5 und 41 ter des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1, in geltender Fassung, enthalten sind.

2. Die bereits im Sinne des Artikels 7 des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 279/1974 in der Provinz Bozen errichteten Körperschaften setzen ihre Tätigkeit auch anstelle der im Artikel 39 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1, in geltender Fassung, vorgesehenen Formen der Zusammenarbeit weiterhin fort, sofern das Landesgesetz nicht anders verfügt.

PRÄSIDENT: Auch dieser Artikel ist verlesen und wird ausgesetzt, weil auch da ein Zusammenhang mit späteren Artikeln vorhanden ist, nachdem im Artikel 3 diese ganzen Abänderungen vorgesehen und damit die Bezüge enthalten sind. Dann setzen wir den Artikel 1 bis auch aus und kommen jetzt zum Artikel 2, der ist in Ordnung.

Art. 2

(Disposizioni in materia di funzionamento del consiglio comunale)

1. Il comma 3 *ter* dell'articolo 7 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, introdotto con l'articolo 60 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3, è sostituito dal seguente:

“3 *ter*. Le dimissioni dalla carica di consigliere, indirizzate al rispettivo consiglio, devono essere assunte al protocollo dell'ente nella medesima giornata di presentazione. Esse sono irrevocabili, non necessitano di presa d'atto e sono immediatamente efficaci. Il consiglio deve procedere alla relativa surrogazione entro venti giorni dalla data di presentazione delle dimissioni, salvo che ricorrano i presupposti, di cui all'articolo 58, comma 1, lettera *b*), numero 2), della presente legge.”.

2. Al comma 1 dell'articolo 58 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, il numero 2) della lettera *b*) è sostituito dal seguente:

“2) dimissioni della metà più uno dei consiglieri assegnati, non computando a tal fine il sindaco, prodotte entro venti giorni, decorrenti dalla data di presentazione delle prime dimissioni e comunque entro la data in cui è effettuata la convocazione della seduta destinata alla surrogazione del primo dei dimissionari.”.

3. Al comma 1, lettera *b*), dell'articolo 58 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, dopo il numero 1 *bis*), introdotto dall'articolo 76 della legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 è aggiunto il seguente:

“1 *ter*) riduzione dell'organo assembleare per impossibilità di surroga alla metà dei componenti del consiglio;”.

WILLEIT:

Art. 2

(Verfügungen betreffend die Tätigkeit des Gemeinderates)

1. Im Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird der Artikel 7 Absatz 3 ter, eingeführt mit Artikel 60 des Regionalgesetzes vom 30. November 1994, Nr. 3, durch den nachstehenden ersetzt:

"3 ter. Der Rücktritt vom Amt eines Ratsmitglieds ist dem Gemeinderat mitzuteilen und muß am Tag, an dem er eingereicht wird, in das Protokoll der Körperschaft aufgenommen werden. Der Rücktritt ist unwiderruflich, bedarf keiner Kenntnisnahme und ist ab sofort rechtswirksam. Der Gemeinderat muß die entsprechende Ersetzung innerhalb zwanzig Tagen ab dem Tag der Einreichung des Rücktritts vornehmen, es sei denn, es liegen die im Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe b) Ziffer 2 vorgesehenen Fälle vor."

2. Im Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird im Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe b) der Wortlaut unter Ziffer 2 durch nachstehenden ersetzt:

"2. Rücktritt der Hälfte plus eines der zugewiesenen Mitglieder, wobei der Bürgermeister nicht mit eingerechnet wird und der Rücktritt dieser Mitglieder innerhalb zwanzig Tagen ab dem Tag, an dem der erste Rücktritt vorgebracht wird, und jedenfalls innerhalb des Tages, an dem die Einberufung der Sitzung für die Ersetzung des ersten zurücktretenden Mitglieds erfolgt, anzubieten ist."

3. Im Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird im Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe b) nach Ziffer 1 bis, eingeführt mit Artikel 76 des Regionalgesetzes vom 30. November 1994, Nr. 3, nachstehendes hinzugefügt:

"1 ter. Verringerung der Versammlung aufgrund der Unmöglichkeit, die Hälfte der Ratsmitglieder zu ersetzen."

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

PRESIDENTE: All'art. 2 sono stati presentati alcuni emendamenti. Il primo a firma del cons. Pinter ed altri, prot. n. 8922, che recita: al comma 1 dell'art. 2, prima delle parole "assunte al protocollo dell'ente" sono inserite le parole "presentate in forma scritta e".

Prego dare lettura del testo in lingua tedesca.

WILLEIT: Im ersten Absatz von Artikel 2 wird nach dem Wort "Gemeinderat" das Wort "schriftlich" eingefügt.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Pinter, per l'illustrazione.

PINTER: Grazie Presidente. Ho presentato questo emendamento anche a seguito di una doppia interrogazione che ho fatto sia in Consiglio regionale, che in Consiglio provinciale, con la quale ho sollevato il problema. C'è stato un caso nella provincia di Trento, dove un consigliere comunale, durante la seduta del consiglio, ha dichiarato che intende dimettersi dal consiglio ed il segretario ha verbalizzato questa dichiarazione e sono state convalidate le dimissioni; in altre parole è stato considerato come atto di dimissioni irrevocabili da parte del consigliere.

Allora credo che la normativa debba tenere conto dell'effettiva volontà del proponente, che non può essere data da un'interpretazione di una affermazione verbale, deve essere almeno comprovata dalla forma scritta e quindi dalla firma, cioè che uno si assume la responsabilità di quello che fa e non si lasci in qualche modo alla discrezionalità da parte di un segretario verbalizzante di interpretare se ha detto che si dimette o che intende dimettersi, che sono due cose evidentemente diverse.

Siccome nelle risposte alle interrogazioni mi è stata confermata questa interpretazione, cioè che le dimissioni hanno effetto nel momento stesso in cui si manifestano e quindi a prescindere dalla forma scritta o verbale, chiedo che siano espresse in forma scritta.

PRESIDENTE: Qualcun altro intende intervenire sull'emendamento? La parola all'assessore Chiodi.

CHIODI: Velocemente, perché se serve a rafforzare queste dichiarazioni l'emendamento può essere anche accettato, però è evidente che quando si danno le dimissioni vengono protocollate e devono essere per forza presentate in forma scritta, se è accaduto questo caso, di cui non sono a conoscenza, è bene sia più rafforzativo, di conseguenza posso accettare questo emendamento.

PRESIDENTE: L'emendamento è ritirato. Qualcuno intende intervenire sull'art. 2? Ha chiesto la parola il cons. Benedikter, ne ha la facoltà.

BENEDIKTER: Ich muß sagen, ich habe hier den Artikel 2 zum zweiten Absatz, in dem es heißt: "Rücktritt der Hälfte plus eines der zugewiesenen Mitglieder, wobei der Bürgermeister nicht mit eingerechnet wird und der Rücktritt dieser Mitglieder innerhalb zwanzig Tagen ab dem Tag, an dem der erste Rücktritt vorgebracht wird, und jedenfalls innerhalb des Tages, an dem die Einführung der Sitzung für die Ersetzung des ersten zurücktretenden Mitglieds erfolgt, anzubieten ist."

Und das italienische ist ja dasselbe. Dort wo es heißt: "dimissioni della metà piu uno dei consiglieri assegnati, non computando a tal fine il sindaco, prodotte entro venti giorni, decorrenti dalla data di presentazione delle prime dimissioni e comunque entro la data in cui é effettuata la convocazione della seduta destinata alla surrogazione del primo dei dimissionari."

Da tritt einer zurück, erklärt daß er zurücktritt und das wird nicht sofort amtlich veröffentlicht - ich weiß überhaupt nicht ob es amtlich veröffentlicht wird und nicht nur in der Zeitung. Jetzt sollen die anderen, die eventuell die Absicht haben zurückzutreten, sollen also wissen, wann die zwanzig Tage ablaufen. Das ist eine unmögliche Fristsetzung, denn diejenigen, die etwa die Absicht hätten zurückzutreten oder überhaupt alle Gemeinderatsmitglieder müssen ja in aller Form zuerst erfahren, daß einer zurückgetreten ist und ab dem Tag, an dem sie es erfahren, muß der Termin laufen. Ab dem Tag, an dem es formell in aller Form veröffentlicht worden ist - meinetwegen auf der Gemeindetafel angeschlagen worden ist oder was auch immer -,

muß ein Termin laufen. Ob es dann zehn oder zwanzig Tage sind, ist eine andere Frage. Aber nicht so, daß man sagt: innerhalb von zwanzig Tagen nach seinem Rücktritt, den er vielleicht am ersten des Monats eingereicht hat, am fünften wird er veröffentlicht und dann müßten sie noch wissen, wann der Gemeinderat zur Sitzung einberufen wird, in der die Ersetzung erfolgen soll. Auch das müssen sie ja vorher wissen, um zu wissen, innerhalb welcher Frist sie zurücktreten müssen, damit die Hälfte plus eines der zugewiesenen Mitglieder erreicht wird. Also eine solche Fristsetzung wie hier ist unmöglich.

Niemand erfährt es rechtzeitig, dadurch macht man einen Sammelrücktritt unmöglich, einen rechtzeitigen Sammelrücktritt. Daher bin ich der Ansicht, daß es abgeändert werden muß auf innerhalb zwanzig Tage oder zehn Tage nach der Veröffentlichung des ersten Rücktrittes - meinetwegen -, und gleichzeitig veröffentlicht werden muß, daß die Zusammenkunft des Gemeinderates an diesem Datum erfolgt, so daß man die zwanzig Tage und den Tag, an dem der Gemeinderat zusammentritt, weiß sowie den Tag, an dem die Einberufung für die Ersetzung des ersten zurücktretenden Mitglieds erfolgt. Sonst versteht man da überhaupt nichts - wie gesagt - und es wird praktisch verunmöglicht.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Willeit, ne ha la facoltà.

WILLEIT: Grazie Presidente. Vorrei chiedere soltanto all'assessore competente di rispondere alle seguenti due domande: la prima, se le dimissioni diventano immediatamente efficaci ed il Consiglio provvede alla surroga soltanto in 20 giorni, che cosa fa il Consiglio in questi 20 giorni, può deliberare o meno? La seconda, di cui mi preme conoscere la risposta, se le dimissioni sono immediatamente efficaci, possono essere ritirate prima della surroga?

PRESIDENTE: Se nessun altro intende intervenire, concedo la parola all'assessore Chiodi.

CHIODI: L'art. 2 sostituisce il comma terzo dell'art. 7 della legge n. 1 del 1993; viene chiarito con l'art. 2 il procedimento per la presentazione delle dimissioni dalla carica di consigliere comunale, questo lo abbiamo rifatto al fine di evitare le questioni interpretative, che sono sorte sul precedente testo, ossia il problema di stabilire quando le dimissioni potessero essere considerate effettivamente presentate.

In Trentino abbiamo avuto alcuni casi, come Vigolo Vattaro e Coredò.

Il testo proposto è identico a quello previsto a livello nazionale dall'art. 5 della legge Bassanini. Il comma 2, dell'art. 2 è stato inserito per chiarire che le dimissioni, presentate da più della metà dei consiglieri assegnati, determinano lo scioglimento del consiglio comunale. Il testo vigente, infatti, secondo l'interpretazione sostenuta dal Consiglio di Stato, su analoga disposizione prevista dalla legge 142, porta ad escludere lo scioglimento del consiglio comunale, nell'ipotesi in cui più della metà

dei consiglieri abbiano presentato le dimissioni, ad esempio in Alto Adige è successo il caso di Rifiano.

Per rispondere al collega Willeit, nel periodo di 20 giorni, di cui parlava, il consiglio rimane in carica e può deliberare e se legge l'articolo c'è anche scritto che le dimissioni non possono essere ritirate.

PRESIDENTE: Pongo in votazione l'art. 2. E' stata chiesta la votazione a scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione dell'art. 2:

| | |
|-------------------|----|
| votanti | 60 |
| schede favorevoli | 37 |
| schede contrarie | 17 |
| schede bianche | 6 |

Il Consiglio approva.

Passiamo al prossimo emendamento, prot. n. 8925, che recita: è inserito il seguente:

Art. 2/bis:

L'articolo 50 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 è così sostituito:

“(Referendum popolare)

1. Gli statuti comunali devono prevedere il referendum popolare decisivo:
2. Si può promuovere un referendum popolare anche per modificare lo statuto comunale. In caso di vittoria dei favorevoli alla modifica dello statuto l'esito del voto equivale alla deliberazione del consiglio comunale, come richiesta dal comma 2 dell'articolo 3 della presente legge per la modifica dello statuto.
3. Le modalità del procedimento del referendum, della consultazione e della iniziativa popolare sono stabilite dallo statuto.”

Prego dare lettura del testo tedesco.

WILLEIT: Änderungsantrag, Prot. Nr. 8925, eingebracht von den Abgeordneten Gasperotti und anderen:

“(Volksabstimmung)

Die Gemeindegemeinschaft muß die Durchführung der Volksabstimmung mit beschließendem Charakter vorsehen. Es kann auch eine Volksabstimmung angeregt werden, um die Gemeindegemeinschaft zu ändern. Falls die Befürworter der

Satzungsänderung in der Mehrheit sind, ist der Ausgang der Abstimmung gleichbedeutend einer Verabschiedung des Gemeinderates wie sie laut Artikel 3 Absatz 2 für eine Satzungsänderung vorgesehen ist. Die Vorschriften für das Verfahren zur Volksabstimmung, zur Ausschreibung und zur Bürgerinitiative werden in der Satzung festgelegt."

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Pinter, ne ha la facoltà.

PINTER: Grazie Presidente. Attualmente l'art. 50 della legge n. 1 del 1993, recita: "Gli statuti comunali devono prevedere il referendum popolare consultivo e propositivo.

Le modalità del procedimento del referendum, della consultazione e della iniziativa popolare sono stabilite dallo statuto nel rispetto dei principi fissati dalla legge regionale."

Qui si fa una proposta che evidentemente è più forte di quanto non preveda la legge n. 1, in quanto si chiede che sia possibile un referendum non solo consultivo, ma anche decisivo e questo peraltro viene rinviato alla disciplina statutaria ed il comma 2 invece stabilisce che si può promuovere un referendum popolare anche per modificare lo statuto comunale, dando praticamente potere alla popolazione equivalente a quella dei consiglieri.

Questo è un po' in analogia alla proposta di legge di iniziativa popolare, che è depositata in Consiglio, una delle due proposte di iniziativa popolare, che riguarda la possibilità di un referendum a carattere decisionale.

Il problema evidentemente, questo è un aspetto che forse meriterebbe una discussione a parte, è capire in che misura si possano introdurre, a partire anche dalle amministrazioni comunali, delle forme o dei metodi, con i quali l'elettorato possa esprimersi ed intervenire direttamente, attraverso la possibilità di un referendum, che non soltanto esprime un parere del popolo, ma gli conferisce la possibilità decisionale.

Ovviamente qui è solo una previsione che poi deve essere disciplinata dallo statuto, perché dovremmo probabilmente capirci meglio su che materie, requisiti e tutta una serie di questioni che qui non vengono disciplinate.

Comunque la proposta aveva un po' il senso di riprendere sia il testo del disegno di legge di iniziativa popolare, sia espressioni proposte anche da altri consiglieri e cioè quello non di fare una forzatura assoluta, ma di considerare le esigenze di muovere un passo in avanti a sostegno delle forme di democrazia diretta.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti, ne ha la facoltà.

GASPEROTTI: Grazie Presidente. Si potrà eventualmente valutare l'opportunità di votare questo emendamento diviso per punti, perché il comma 1 di fatto è stato inserito per attirare un po' l'attenzione al discorso del referendum, un referendum decisivo, come è previsto al comma 1, avrebbe bisogno di una discussione più ampia di quanto ci rimane oggi attorno a questo problema. Verificheremo più avanti se all'aula sarà concesso di discutere questo disegno di legge.

Quello che invece preme di più è sui commi 2 e 3. Sono pochi purtroppo i comuni, almeno nel Trentino, che hanno adempiuto a quanto previsto dallo Statuto nelle questioni referendarie, tanto che in taluni comuni l'opportunità negata alla popolazione ha creato anche dimissioni di consiglieri comunali. Questo rafforzare la proposta di referendum è la conseguenza logica di un sistema maggioritario e per i comuni più piccoli di un sistema che prevede pochi i compiti del consiglio comunale e molti quelli della giunta comunale.

La democrazia viene espressa una volta ogni cinque anni e ritengo che non si possa disconoscere che le problematiche affrontate dai singoli comuni siano prevedibili all'inizio dei cinque anni, l'imprevedibile, oppure quelle scelte che si devono prendere durante questo periodo di tempo non sempre hanno il conforto della maggioranza dei cittadini, ecco dove si sollecita una scrittura più forte del discorso referendario e qui viene proposto l'emendamento.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Klotz, ne ha la facoltà.

KLOTZ: Herr Präsident! Ich wollte vor allen Dingen die Einbringer darum ersuchen, daß sie diesen Artikel 2 bis aussetzen, weil wir einen fast identischen Artikel 7 bis haben, und zwar aus folgendem Grund: wir haben das Anliegen Volksabstimmung als Art. 7 bis eingebracht, weil es eigentlich in der logischen Reihung zu Art. 50 an diese Stelle kommt. Aber das wäre eine rein formalrechtliche Überlegung.

Es geht hier allerdings um folgendes: unser Artikel geht etwas weiter. Er bringt noch einige zusätzliche Anliegen. Auch im Art. 2 bis sind zwei Punkte angefügt, die integriert werden müßten. Infolgedessen glaube ich, steht es dafür, damit nicht, wenn das eine abgelehnt wird, das andere nicht mehr behandelbar ist, daß dieser Artikel ausgesetzt wird und wir uns dann vielleicht auf einen einheitlichen Artikel einigen können.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Gasperotti, ne ha la facoltà.

GASPEROTTI: Concordiamo con la collega Klotz sull'opportunità di formulare un unico emendamento al riguardo. Quindi Presidente le chiedo di sospendere questo emendamento e metterlo assieme all'emendamento 7/bis.

PRESIDENTE: Diamo la possibilità di riformulare un nuovo emendamento. Passiamo al prossimo emendamento, prot. n. 9079, che recita: dopo l'art. 2 è inserito il seguente nuovo articolo 2/bis:

“Art. 2 bis
(Modifica dell'art. 16 della L.R. 4 gennaio 1993, n. 1)

L'art. 16 della legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1, è sostituito dal seguente:

Art. 16
(Giuramento e distintivo del sindaco)

1. Il sindaco, subito dopo la convalida della sua elezione, presta giuramento davanti al Consiglio comunale di osservare lealmente la Costituzione, lo Statuto speciale, le leggi dello Stato, della Regione e delle Province autonome, nonché di adempiere alle sue funzioni al solo scopo del bene pubblico.

2. Distintivo del sindaco quale ufficiale del Governo è la fascia tricolore con lo stemma della Repubblica e lo stemma del comune, da portarsi a tracolla della spalla destra. Distintivo del sindaco quale capo dell'amministrazione comunale è il medaglione previsto dall'articolo 7 del D.P.G.R. 12 luglio 1984, n. 12/L".

Prego dare lettura del testo tedesco.

WILLEIT: Änderungsantrag Prot. Nr. 9079, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Chiodi und anderen:

Nach dem Artikel 2 wird der nachstehende Art. 2 bis eingeführt:

"Abänderung zum Art. 16 des Regionalgesetzes v. 4.1.1993, Nr. 1: Der Art. 16 des RK vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 wird durch den nachstehenden ersetzt:

Vereidigung und Abzeichen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister wird unverzüglich nach der Bestätigung der Wahl vor dem Gemeinderat auf die Verfassung, das Sonderstatut, die Staatsgesetze, die Gesetze der Region und der autonomen Provinzen vereidigt. Er hat überdies den Eid zu leisten, sein Amt ausschließlich zum Wohle der Gemeinschaft auszuüben.

Abzeichen des Bürgermeisters: Als Vertreter der Regierung ist die Tricoloreschleife mit dem Wappen der Republik und mit dem Wappen der Gemeinde über der rechten Schulter zu tragen. Abzeichen des Bürgermeisters als Oberhaupt der Gemeindeverwaltung ist das im Artikel 7 des DPRA vom 12. Juli 1984, Nr. 12/L vorgesehene Medaillon."

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire l'assessore Chiodi, ne ha la facoltà.

CHIODI: Solo due parole, per dire che questo articolo 2/bis non è altro che il recepimento della nuova normativa nazionale della legge Bassanini, che è diventata legge e noi abbiamo recepito questa disposizione.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Klotz, ne ha la facoltà.

KLOTZ: Währenddem Absatz 1 in Ordnung geht und die Vereidigung notwendig ist, sind wir zu Absatz 2 natürlich anderer Meinung. Wir wissen, daß in Südtirol die

Bürgermeister eine eigene Bürgermeisterkette tragen und ich denke, es wäre realistisch, wenn man hier der Realität Rechnung trüge. Die Realität ist hier eine andere Tradition und auch ein anderer Patriotismus, denn wir wissen alle vom Scalfaro-Besuch, daß es hier auch einige Fragen und - um es gelinde zu sagen - einige Unannehmlichkeiten, auch Provokation, gegeben hat und von seiten der Bürgermeister wenig Verständnis dafür bestand, daß sie die Tricoloreschleifen tragen sollten, die ihrem Patriotismus oder ihrer Auffassung von Zugehörigkeit zur Nation oder volklicher Zugehörigkeit nicht gerecht wird.

Aus diesem Grunde zunächst die konkrete Frage an die Assessorin, ob sie überlegt hat oder daran gedacht hat, daß man hier für Südtirol eine Regelung treffen sollte, die eben unserer Realität und unserer Tradition entspricht und auch der Geschichte dieses Landes entgegenkommt. Oder Frau Assessor, was Ihrer Meinung nach hindert uns daran, hier eine getrennte Regelung vorzusehen? Wenn das Trentino die Tricoloreschleife für die Bürgermeister wünscht, ist das ihr gutes Recht. Aber wenn die Südtiroler wünschen, daß wir die Bürgermeisterkette anstatt der Tricolorescheife haben, sollte das schon eigentlich respektiert werden.

Aus diesem Grunde möchte ich ganz gerne wissen, was dagegen stünde oder aus welchem Grund es nicht möglich sein sollte.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire l'assessore Chiodi, ne ha la facoltà.

CHIODI: Già nella legge vigente, l'art. 16, comma 2, recita: "Distintivo del sindaco quale ufficiale del Governo è la fascia tricolore con lo stemma della Repubblica e lo stemma del comune, da portarsi a tracolla della spalla destra". Allora in questo articolo capisco la vostra posizione, perciò non voglio introdurmi in percorsi che non sono miei, la fascia tricolore il sindaco la porta quando è rappresentante del Governo, quando celebra matrimoni, eccetera, mentre quando va in rappresentanza del suo comune è una cosa diversa e può portare il medaglione.

Allora sono due ruoli diversi, ecco perché credo che possa andare bene per tutti il recepimento della legge Bassanini, poi la vostra situazione è diversa ed avremo un voto diverso su queste argomentazioni.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Klotz, ne ha la facoltà.

KLOTZ: Zum Fortgang der Arbeiten. Ich ersuche um Abstimmung nach getrennten Teilen, daß also über den Absatz 1 getrennt vom Absatz 2 abgestimmt wird.

PRESIDENTE: E' stata fatta una richiesta di votazione per commi separati.

Votiamo il primo comma dell'art. 2/bis, a firma della Giunta...

E' stata chiesta la votazione per appello nominale. Iniziamo con il nominativo della cons. Conci-Vicini.

WILLEIT: Conci-Vicini (*sì*), Dalbosco (*sì*), Delladio (*no*), Denicolò (*non presente*), De Stefani (*non presente*), Di Puppo (*sì*), Divina (*sì*) Durnwalder (*non presente*), Fedel (*non presente*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*ja*), Gasperotti (*astenuto*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*sì*), Grandi (*sì*), Holzer (*sì*), Holzmann (*sì*), Hosp (*ja*), Ianieri (*astenuto*), Kasslatte-Mur (*ja*), Klotz (*ja*), Kofler (*ja*), Kury (*ja*), Laimer (*ja*), Leitner (*ja*), Leveggi (*sì*), Mayr C. (*sì*), Mayr J. (*sì*), Messner (*sì*), Minniti (*sì*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*sì*), Moser (*non presente*), Munter (*ja*), Muraro (*sì*), Pahl (*ja*), Palermo (*no*), Pallaoro (*sì*), Panizza (*sì*), Passerini (*sì*), Peterlini (*ja*), Pinter (*sì*), Romano (*non presente*), Saurer (*ja*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*sì*), Tosadori (*sì*), Tretter (*sì*), Valduga (*no*), Vecchi (*sì*), Viola (*sì*), Willeit (*sì*), Zanoni (*no*), Zendron (*sì*), Achmüller (*ja*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*non presente*), Atz (*ja*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*ja*), Benussi (*sì*), Berger (*ja*), Binelli (*sì*), Boldrini (*sì*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*sì*), Casagrande (*sì*), Chiodi-Winkler (*sì*), Cigolla (*sì*).

PRESIDENTE: Comunico l'esito della votazione del comma 1 dell'art. 2/bis:

| | |
|-----------------|----|
| votanti | 60 |
| voti favorevoli | 53 |
| voti contrari | 5 |
| astenuti | 2 |

Il Consiglio approva.

Pongo in votazione il comma 2 dell'art. 2/bis. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 8 voti contrari, 4 voti di astensione e tutti gli altri favorevoli, il secondo comma dell'art. 2/bis è approvato.

Sono le ore 17.04 e, come da impegni assunti, chiudo i lavori. E' convocata la riunione dei Capigruppo.

La seduta è tolta.

(17.04)

INDICE

Disegno di legge n. 86:

Modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1 (Nuovo ordinamento dei Comuni della Regione Trentino-Alto Adige) (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 86:

Änderungen zum Regionalgesetz vom 4. Jänner 1993, Nr. 1 (Neue Gemeindeordnung der Region Trentino-Südtirol) (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 3

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

| | | |
|--|------|--------------------------|
| KLOTZ Eva (Gruppo Union für Südtirol) | pag. | 5-6-35-37-38 |
| BONDI Mauro (Gruppo P.R.I. - A.T. - P.S.D.I.) | " | 6-11-13 |
| BENEDIKTER Alfons (Gruppo Union für Südtirol) | " | 6-7-13-15-20-21-24-26-31 |
| ZANONI Danilo (Gruppo Partito Popolare Italiano) | " | 9-14-18-19-21-23-25 |
| TAVERNA Claudio (Gruppo Alleanza Nazionale) | " | 10 |
| CHIODI-WINKLER Wanda (Gruppo Partito Democratico della Sinistra) | " | 11-12-14-18-21-31-33-37 |
| GASPEROTTI Guido (Gruppo Solidarietà - Rifondazione) | " | 12-27-35-36 |
| MORANDINI Pino (Forza Italia - C.D.U.) | " | 16 |
| WILLEIT Carlo (Gruppo Ladins - Autonomia Trentino Integrale) | " | 17-32 |
| PINTER Roberto (Gruppo Solidarietà - Rifondazione) | " | 31-34 |